



„Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“

Expertise 1/ 2002



Erstellt im Auftrag
des Landesentrums für Zuwanderung NRW
von Dr. Heidi Behrens und Dipl.-Päd. Alexandra Paufler

Herausgeber:

Landeszentrum für Zuwanderung NRW

Redaktion:

Dr. Sabine Jungk, Jan Motte, M.A. ,

Lydia Jendryschik

Material-Recherche:

Carmen Fritz

Druck:

Offset Company, Wuppertal

Solingen, im Mai 2002

„Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“

Vorwort	S. 3
Einleitung	S. 5
Ein Quellenbestand und seine Auswertung	S. 9
Vielfalt der Veranstaltungstypen	S. 11
Das Themenspektrum	S. 13
Wer wird angesprochen? Adressaten und Zielgruppen	S. 16
Bildungsziele	S. 18
Methodisch-didaktische Zugänge	S. 20
Innovative politische Bildung	S. 23
Angebote nordrhein-westfälischer Volkshochschulen	S. 25
* Nicht nur politische Bildung	S. 25
* Veranstaltungen und Adressaten	S. 27
Zusammenfassung und Perspektiven	S. 32
Abschließende Thesen	S. 36
Literatur	S. 38

Vorwort

In jüngster Vergangenheit erlebte die Bundesrepublik Deutschland die engagierteste einwanderungspolitische Debatte ihrer Geschichte. Die Eckpunkte dieser Diskussion bildeten die „Green Card“- Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der Computermesse „Cebit“ im Februar 2000 und die Verabschiedung des „Gesetz[es] zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“ – das „Zuwanderungsgesetz“ – im März 2002.

Über einen Zeitraum von zwei Jahren hinweg war das Thema „Zuwanderung“ prominenter Gegenstand in den öffentlichen Debatten. Neben der durch Innenminister Schily eingesetzten „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“, der so genannten „Süssmuth-Kommission“, dokumentieren die Stellungnahmen von Parteien, Verbänden und anderen Organisationen wie engagiert über das Thema „Zuwanderung und Integration“ und die besten Konzepte für eine adäquate Politik diskutiert wurde. Ungeachtet der Beurteilung der Ergebnisse dieser Diskussionen markiert die öffentliche Auseinandersetzung eine wichtige und bislang einzigartige Etappe in der Selbstbeschreibung der bundesdeutschen Gesellschaft als „Einwanderungsland“. Nach Jahrzehnten der Stagnation wurde endlich eine längst überfällige Debatte geführt.

Als Folge dieser breiten und anhaltenden Diskussion sahen und sehen sich zahlreiche Institutionen und gesellschaftliche Subsysteme herausgefordert, sich selbst daraufhin zu überprüfen, wie sie mit den Anforderungen der „Einwanderungsgesellschaft“ umgehen. Sie müssen sich fragen, ob sie für die Herausforderungen einer „Einwanderungsgesellschaft“ gerüstet sind.

Aus Sicht des Landesentrums für Zuwanderung NRW (LzZ) – speziell des Sachgebiets „Weiterbildung“ – stellen sowohl die Vehemenz der politischen Auseinandersetzung als auch die Tragweite des Phänomens „Einwanderung“ und seine gesamtgesellschaftlichen Folgen eine besondere Herausforderung für die politische Bildung dar. Die politische Bildung sollte ein zentraler Informations- und Lernort für die bundesdeutsche Gesellschaft sein; auch und vor allem beim Thema „Einwanderung“, für die „Mehrheitsgesellschaft“ wie für die Eingewanderten. Wenn sich die Selbstbeschreibung einer Gesellschaft ändert oder erweitert, dann stellt dies im Besonderen Anforderungen an die Aufklärungs- und Vermittlungsfähigkeit der politischen Bildung.

Im Herbst 2000 veranstaltete das Landeszentrum für Zuwanderung NRW eine WERKSTATT WEITERBILDUNG zum Thema „Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“. Angebunden an theoretische Konzepte über die Bedeutung von politischer Bildung in der Einwanderungsgesellschaft und mit Ausblicken auf die zukünftigen Herausforderungen bot diese WERKSTATT WEITERBILDUNG vor allem Raum für die Präsentation von und die Fachdiskussion über praktische Projekte zum Thema.

Über die Diskussion einzelner interessanter Projekte hinaus verdeutlichte eine übergreifende Perspektive, dass es kaum systematisiertes Wissen über die allgemeine Situation und den Stand der „Politischen Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ gibt.

- Welche Angebote werden gemacht?
- Welche Zielgruppen werden angesprochen?
- Welche inhaltlichen oder methodischen Entwicklungen lassen sich erkennen?
- Welche Besonderheiten zeigt das Thema im Vergleich zu anderen Themen der politischen Bildung?

Diese und andere Fragen aufgreifend versucht die vorliegende Expertise – überwiegend konzentriert auf das Land NRW – einen solchen ersten Überblick über den Stand der politischen Bildung in der Einwanderungsgesellschaft zu geben.

Das LzZ hofft, damit interessante Informationen und einen Impuls in eine sich entwickelnde Diskussion um den Stellenwert und die Ausgestaltung dieses wichtigen – vielleicht sogar zentralen – Aspektes für die politische Bildung zu geben.

Solingen, April 2002

Einleitung

Die außerschulische politische Bildung der Bundesrepublik Deutschland hat zahlreiche thematische Konjunktoren erlebt. Häufig waren diese mit einer Feuerwehrfunktion in gesellschaftlichen Krisensituationen verbunden. Der Umgang mit dem Phänomen ‚Rechtsextremismus‘ bietet dafür über Jahrzehnte hinreichend Anschauung.

Das Thema ‚Einwanderung‘ dagegen ist zwar im Repertoire der Erwachsenen- und Jugendbildung vorhanden, stand aber bisher – trotz seiner (indirekten) Bezüge zu Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremer Gewalt – im Schatten anderer großer Themen wie „Deutschlandpolitik/Deutsche Vereinigung“, „Europapolitik/europäische Integration“¹⁾ oder „Arbeit / Wirtschaft“²⁾. In jüngster Zeit gibt es in Verlautbarungen der institutionalisierten politischen Bildung eine zunehmende Aufmerksamkeit gegenüber der Einwanderung. So enthält das Münchner Manifest der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung aus dem Jahr 1997 – trotz zahlreicher Publikationen und Einzelveranstaltungen dieser Einrichtungen – das Thema Einwanderung nicht ausdrücklich³⁾, im Jahr 2000 aber wird ‚Migration‘ von der Bundeszentrale zu den relevanten Schwerpunkten gezählt und den Einrichtungen, die sich diesem Thema zuwenden, eine besondere Förderung in Aussicht gestellt. Auch die Landeszentrale für politische Bildung NRW unterstützt im Haushaltsjahr 2002 Projekte zum Thema Migration.

Im Bearbeitungszeitraum dieser Expertise – Oktober 2000 bis November 2001 - nimmt sich insbesondere die Bundeszentrale stärker des Themas an, erkennbar an der Einrichtung einer Projektgruppe ‚Migration/Europäische Union‘⁴⁾, an einer Homepage mit einschlägigen Veranstaltungsankündigungen und Links, an Tagungen wie „Migration und Integration in Europa“, die sich auch mit der Rolle der politischen Bildung befassen⁵⁾. Und das Forum Weiterbildung des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) beschreibt Ende 2000 Zukunftsfelder der Weiterbildung und nennt darin ausdrücklich „Leben mit Anderen lernen“ als Aufgabe für die Politik und die politische Bildung⁶⁾.

1) Beide in Körber 1999, S. 232f. (basierend auf der Bundeszentralstatistik von 1996).

2) Grundausswertung der Erhebung von Veranstaltungen der Einrichtungen der politischen Bildung NRW für 1999. Eigene Erhebung der Landeszentrale für politische Bildung. Düsseldorf 2000, S. 10.

3) Demokratie braucht politische Bildung. Zum Auftrag der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung. Münchner Manifest vom 26. Mai 1997, abgedruckt in: Außerschulische Bildung Nr. 3 (1997), S. 347-350.

4) Projektgruppen haben nicht den Status eines Fachbereichs, sondern werden innerhalb der Bundeszentrale als „Innovationsmaschinen“ angesehen, die vielmehr in die Fachbereiche hineinwirken und Themen pushen (Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) im Jahr eins der Neustrukturierung, in: kursiv, Heft 3 (2001), S. 38-42).

5) „Migration und Integration in Europa“, europäische Expertenkonferenz vom 6. bis 8. Juli 2001 im Kloster Seeon; siehe auch den Kongress „Multikulturelle Demokratie“, veranstaltet von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Heinrich-Böll-Stiftung im September 2001.

6) Hafenecker 2001, S. 14-19 sowie online unter www.die-frankfurt.de/esprid/dokumente/doc-2001/dieforum; siehe auch Meyer 1998; Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister 1998.

Migration und vor allem die Diskussion über ihre gesellschaftlichen und bürgerrechtlichen Folgen werden deutlich häufiger als in früheren Jahren mit einem Auftrag an die Bildungseinrichtungen verknüpft⁷⁾.

Anstöße für diese Entwicklung fließen aus vielen Quellen zusammen. Zu nennen sind die zeitweilig zugespitzte „Doppelpass-Diskussion“, die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000, Johannes Raus beachtete Rede „Ohne Angst und ohne Träumereien – Gemeinsam in Deutschland leben“⁸⁾, die Green-Card-Debatte und nicht zuletzt die Arbeit der Süßmuth-Kommission für ein Einwanderungsgesetz. Forcierend wirkten schließlich zahlreiche brutale Übergriffe fremdenfeindlicher Straftäter.

Auf der Ebene der Bildungspraxis setzt das Interesse an Einwanderungsthemen erst zögerlich ein⁹⁾. Die „historische Herausforderung“¹⁰⁾ scheint noch nicht begriffen. Anhaltspunkte gibt die Statistik der Landeszentrale für politische Bildung NRW für die Jahre 1997 bis 1999; sie erfasst über 60 Einrichtungen, die ausschließlich politische Bildung anbieten¹¹⁾. Im Jahr 1997 entfielen von 16.733 Nennungen 428 auf die Themen ‚Migration/Minderheiten‘, das sind 2,6%, im Jahr 1998 von 17.312 Themen 468 oder 2,7%, und von 11.078 Veranstaltungen beschäftigten sich 282 oder 2,5% mit ‚Migration/Minderheiten‘¹²⁾. Auch im Jahr 1999 wandten sich nur 2,6% der über 10.000 Veranstaltungen ‚Migration/Minderheiten‘ zu. Einen weiteren Anhaltspunkt haben wir dem Verzeichnis der Bildungsurlaubsangebote NRW entnommen, das allerdings – dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AwbG) entsprechend – Veranstaltungen aus der beruflichen und der politischen Bildung zusammenführt. Von 1.365 Angeboten im Zeitraum März bis September 2001 griffen nur drei die Thematiken ‚Einwanderung/Auswanderung‘ und ‚Einwanderungspolitik‘ auf¹³⁾. Nimmt man zusätzlich das Stichwort ‚Rechtsextremismus‘, lassen sich zwei weitere Bildungsurlaube hinzufügen. Außerdem ist ein politisch bildender Teil zum Beispiel in den Veranstaltungen ‚Deutsch als Fremdsprache‘ nicht auszuschließen.

7) Z.B. im Migrationsreport 2000, S.19, siehe auch den Beitrag von Dieter Oberndörfer im selben Band; Akgün, Lale: Der Beitrag der Weiterbildung zur Integration in NRW, Einführungsreferat für die 7. Weiterbildungskonferenz NRW am 24. Oktober 2001 im Landtag NRW (unveröffentl.).

8) Raus Rede ist nachzulesen über die homepage der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung: www.nlpb.de

9) Dass z.B. das DGB-Bildungswerk in Düsseldorf Anfang 2001 einen migrationspolitischen Schwerpunkt eingerichtet hat und – teilweise über das Xenos- Programm - mit mehreren Stellen ausstattet, zeigt eine Veränderung an.

10) Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001, S. 344.

11) Daneben gibt es Träger, die neben anderen Sachbereichen auch politische Bildung im Programm haben wie die Volkshochschulen oder die Familienbildungsstätten.

12) Zahlen aus Grundausswertung der Erhebung von Veranstaltungen der Einrichtungen der politischen Bildung NRW für die Jahre 1997 bis 1999. Eigene Erhebung der Landeszentrale für politische Bildung, Düsseldorf 1998, 1999 und 2000; siehe auch Körber 1999, S. 233, der „Ausländer- und Asylpolitik“ 1996 mit 2,4% im Themenspektrum der politischen Erwachsenenbildung vertreten sieht.

13) Bildungsurlaub NRW März 2001 bis September 2001, Veranstaltungsnummern 86, 99, 126; siehe auch das Verzeichnis für den Zeitraum September 2001 bis Februar 2002: 1.325 Angebote mit fünf einschlägigen Themen von ‚Argumentationstraining gegen Stammtischparolen‘ bis ‚Islam‘.

Positiv gewendet wird aber betont, dass ca. 20% der nach dem Weiterbildungsgesetz NRW geförderten Einrichtungen regelmäßig Angebote machen zum Themenkomplex Migration, Integration, kultureller/religiöser Dialog und Fremdenfeindlichkeit/Rassismus¹⁴⁾.

In Nordrhein-Westfalen leben gegenwärtig rund 2 Millionen MigrantInnen. Wenn die hiesige besonders plurale Trägerschaft der politischen Bildung das Thema ‚Migration‘ dennoch bisher wenig entdeckt hat, lässt dies Rückschlüsse auf seine Präsenz in anderen Bundesländern zu: Dort wird es vermutlich keinen höheren Stellenwert haben¹⁵⁾.

Bei den in unseren Datenbestand eingegangenen Anbietern handelt es sich sowohl um Einrichtungen, die als solche der politischen oder der allgemeinen Erwachsenenbildung verstanden werden, als auch um forschungsnahe Institutionen wie das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen oder das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) in Osnabrück. Die Letztgenannten würden sich nicht als genuine Orte politischer Bildung verstehen. Die Frage des Selbstverständnisses musste randständig bleiben, weil nur die definierten Träger und Fachbereiche in dieser Hinsicht eine eindeutige Aussage zugelassen hätten.

Zu berücksichtigen war, dass es keine allgemein anerkannte Definition politischer Bildung gibt. „Formal ist politische Bildung eine Sammelbezeichnung für alle bewusst geplanten und organisierten, kontinuierlichen und zielgerichteten Maßnahmen von gesellschaftlichen Institutionen (u.a. Schule, außerschulischen politischen Bildungseinrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung, gesellschaftlichen Organisationen)“¹⁶⁾. Die Kontroverse um einen engeren oder weiteren Politikbegriff, die in der politischen Erwachsenenbildung seit Jahren anhält, bietet wenig Kategorien, mit denen das vorliegende Material geordnet werden konnte. Veranstaltungen waren enger politisch oder aber – und das ist mehrheitlich der Fall – zeigen Überschreitungen zur (inter)kulturellen Bildung, zur beruflichen Fortbildung, zur religiösen Bildung oder auch zur Lebenshilfe. Hier reine Unterscheidungen vorzunehmen, würde die Komplexität der Veranstaltungen reduzieren und das Charakteristische, nämlich die vielfältigen Mischformen, auf die wir rekurren werden, dem Blickfeld und der professionellen Diskussion entziehen.

14) Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 4 der Fraktion der F.D.P. (Drucksache 13/885 vom 15.3.2001): „Die Situation der Muslime in NRW“ vom April 2001 (Drucksache 13/1397, S. 51f.).

15) Eine frühe Zusammenstellung des Weiterbildungsangebotes in NRW für, wie es damals hieß, Ausländer und Deutsche bei Schneider-Wohlfahrt, Ursula (Bearb.): Weiterbildungsangebote für Ausländer und Deutsche in NW. Ein Überblick über Programmangebote. Hrsg. vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung. Soest 1984, darin auch die politische Bildung.

16) Massing 1999, S. 185.

Politische Bildung wendet sich an und zielt in der Regel ab auf ‚mündige‘ Bürgerinnen und Bürger. Eine Schwierigkeit, die auf den schulischen Politikunterricht zutrifft, aber auch für die politische Erwachsenenbildung gilt, besteht darin, dass Migranten und Migrantinnen ohne deutschen Pass aus Nicht-EU-Ländern Partizipationsmöglichkeiten im Gemeinwesen weitgehend versagt sind, d.h., wer nicht Staatsbürger ist bzw. werden kann, nimmt gesellschaftlich und politisch eine Randstellung ein¹⁷⁾. Mündigkeit bleibt in der Arbeit mit Zugewanderten vorläufig oder auf lange Sicht eingeschränkt. Politische Bildung kann die Versäumnisse der Politik zwar nicht kompensieren, aber sie kann dieses Problem selbst zum Thema machen und Wege einer aktiven Einbürgerungs- und Gleichstellungspolitik erörtern. Schließlich zeigt sie unter anderem durch Kooperationen mit Migrantenvereinen, Ausländerbeauftragten und politischen Initiativen Handlungsräume innerhalb der bestehenden Gesellschaft auf.

17) Däuble 2000 sowie ein Kommentar von D. Wunder: Politische Bildung für Zuwanderer?, in: kursiv. Journal für politische Bildung 3/1997, S. 44; Sauer/Goldberg 2001, S. 99ff.; Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen 2000, S. 82. Es ist evident, dass die Partizipation von MigrantInnen durch ihren ausländerrechtlichen Status stark differieren und z.B. Nicht-EU-AusländerInnen schlechter gestellt sind als EU-BürgerInnen.

Ein Quellenbestand und seine Auswertung

Wie sind die Quellen zustande gekommen? Mit der leitenden Frage nach dem Angebot und den Ansätzen politischer Bildung in der Einwanderungsgesellschaft hat eine Mitarbeiterin des Landesentrums für Zuwanderung NRW im Frühjahr 2000 Programmankündigungen und Selbstdarstellungen u.a. von unterschiedlichen (Bildungs-) Einrichtungen erbeten; sie hat telefonisch oder per Fax weitere Informationen eingeholt. Darüber hinaus wurde im Internet recherchiert. Auf diese Weise sind mehr als 700 Veranstaltungsankündigungen, vor allem aus dem Jahr 1999, aber auch für weiter zurückliegende Jahre (im Einzelfall bis Anfang der 1990er Jahre) im LzZ eingegangen. Nicht zuletzt hat die Datensammlung jedoch mit einem konkreten Anlass zu tun, mit einer WERKSTATT WEITERBILDUNG im September 2000, die sich innovativen Veranstaltungsformen in der politischen Bildung zugewandt hat.

Wenn der Schwerpunkt der Recherche auf dem Bundesland NRW liegt, hängt das mit dem Wirkungskreis des hier ansässigen Landesentrums zusammen und mit einer genaueren Kenntnis dieser Bildungslandschaft. In die Datenbank aufgenommen wurden außer bundesdeutschen Veranstaltungen einzelne Angebote aus der Schweiz und Österreich sowie einige englischsprachige Internetpräsentationen. Mehr oder weniger zufällig erhaltene sonstige westeuropäische oder überseeische Bildungsveranstaltungen blieben unberücksichtigt. Hier fehlten dann auch Kenntnisse über den jeweiligen landesspezifischen Kontext der Migrationsthematik. Entstanden ist dennoch ein äußerst heterogener Quellenbestand, der eine Reihe von Fragen und Problemen aufwirft, dessen besonderer Wert aber vor allem in seiner Interpretierbarkeit besteht. Unseres Wissens ist eine vergleichbare Quellensicherung bisher von anderen Institutionen nicht geleistet worden.

Es kann problematisiert werden, dass im Allgemeinen nicht zu erkennen war, welche Veranstaltungen tatsächlich stattgefunden haben, und welche wegen mangelnder Nachfrage oder aus einrichtungsinternen Gründen nicht realisiert wurden. In Volkshochschulen wird von einer durchschnittlichen Ausfallquote von 20 % der geplanten Veranstaltungen ausgegangen. „Die Ausfälle sind erwartbar höher in innovativen und experimentellen Bereichen und deutlich niedriger in eher konventionellen Bereichen mit einer kontinuierlichen Nachfrage“¹⁸⁾.

18) Körber u.a. 1995, S.8.

Da wir es im vorliegenden Fall nicht durchgängig mit Seminarangeboten auf dem offenen Weiterbildungsmarkt zu tun hatten, sondern mit zahlreichen abendlichen Vortragsveranstaltungen oder auch mit Kooperationen zwischen Migranten-Vereinen und Trägern der Weiterbildung sowie mit Institutionen, die für eine angestammte Klientel Informationsveranstaltungen durchführen, mussten wir einerseits von einer niedrigeren bis gleichen Ausfallquote ausgehen. Auf der anderen Seite könnte im kleineren, innovativen Segment – und das Themenfeld, politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft‘ scheint auch ein thematisches und methodisches Experimentierfeld zu sein – die Ausfallquote höher liegen.

Aussagekräftige Kategorien wie Inhalt und pädagogische Zielsetzung der Veranstaltung ließen sich bei den häufig kurzen Ankündigungen nicht feststellen. Der Expertisenauftrag umfasste nicht, all diese Lücken durch Anschreiben, telefonische und andere Rückfragen zu schließen, das wäre eine zu zeitintensive Beschäftigung geworden. Wir mussten uns auf einzelne Nachfragen beschränken.

Die Autorinnen vermuten, dass es zusätzlich zu den aufgeführten eine Reihe von weiteren betrieblichen und kommunalen Bildungsprojekten und Aktivitäten im Zusammenhang mit ‚Einwanderung‘ gibt, beispielsweise im Rahmen des im Jahr 2000 bewilligten und im Folgejahr gelaufenen Aktionsprogramms der Landesregierung gegen Rechtsextremismus¹⁹⁾ und des XENOS-Programms der Europäischen Union²⁰⁾.

Ein vollständiges Abbild der Wirklichkeit politischer Bildung zum Thema ‚Einwanderung‘ wird die Expertise daher nicht geben können. Sie erlaubt jedoch einige Aussagen und Trendbeschreibungen. Die Daten bieten einen Einblick in die Angebotsstruktur wie auch die Zielgruppen und in methodisch-didaktische Ansätze zum Themenbereich „Einwanderung“, „Minderheiten“ etc.; sie lassen Einschätzungen darüber zu, was um die Jahrtausendwende von außerschulischen Bildungsinstitutionen für wichtig gehalten wurde.

19) Siehe zu „Kommunen gegen Rechtsextremismus“ – Städte und Gemeinden erhielten pauschal DM 1 je Einwohner - die Antwort der Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf die Große Anfrage 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 13/1146 vom 7.5.2001,

20) S. 176ff. Programm und Projekte unter www.xenos-d.de

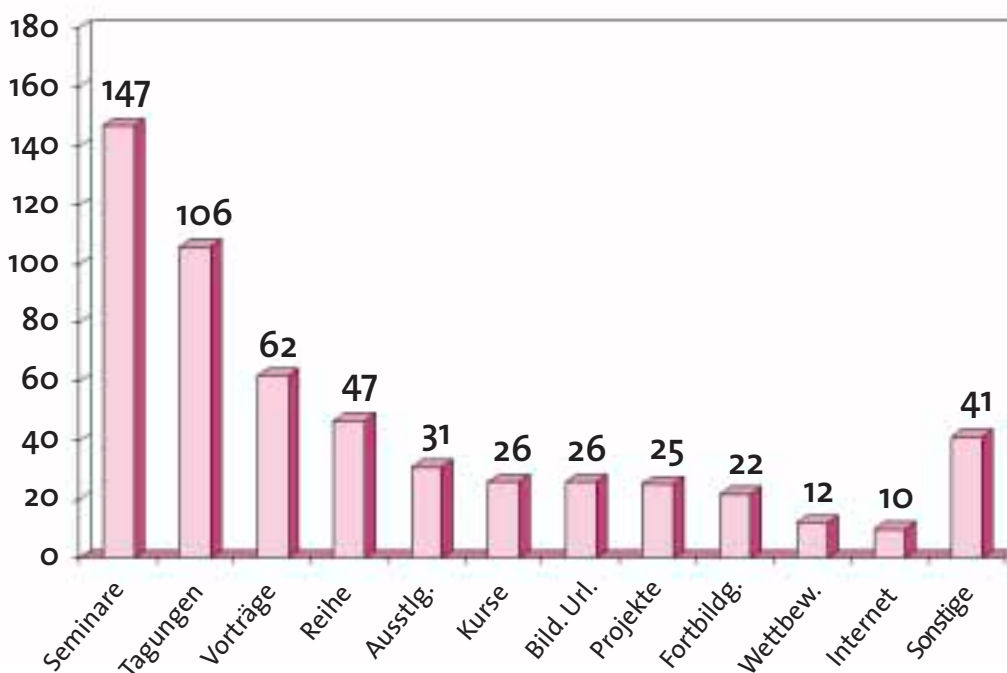
Vielfalt der Veranstaltungstypen

Von 552 Veranstaltungen sind die meisten – ausgenommen ist der gesondert gezählte Bestand aus nordrhein-westfälischen Volkshochschulen – dem eher teilnehmerorientierten Typus Seminar zuzurechnen, gefolgt von wissenschaftlichen Tagungen bzw. Konferenzen, die sich vielfach an ein Fachpublikum wenden. Vorträge mit Diskussionsteil, aber ohne Workshop-Charakter liegen an dritter Stelle.

Quantitativ lässt sich das Bild folgendermaßen zeichnen ²¹⁾:

Seminare/Workshops	147
Tagung/Konferenzen/Kolloquien	106
Vorträge	62
Veranstaltungsreihen	47
Ausstellungen	31
Kurse/Arbeitskreise	26
Bildungsurlaube/Reisen	26
Projekte	25
Berufliche Fortbildungen	22
Wettbewerbe	12
Internetpräsentationen/-foren	10
Sonstige	41

Veranstaltungstypen (allg. Bestand)



21) Geringfügige Mehrfachnennungen

Der weitere politisch wie kulturell orientierte Bereich war durch Film- bzw. Theaterveranstaltungen und Lesungen 12-mal vertreten. Andere Veranstaltungsformen, die in keine der aufgeführten Kategorien eingeordnet werden können, sind: Erfahrungsaustausch, Netzwerk und Kampagnen wie Postwurfsendungen mit antirassistischem Inhalt.

Diese Auflistung ergibt jedoch ein noch immer unzureichendes Bild der Vielgestaltigkeit der mit 41 Nennungen vertretenen „sonstige Veranstaltungstypen“. Vielmehr verbergen sich weitere aussagekräftige, häufig innovative Formen in dieser Restkategorie, beispielsweise in "Projekten".

Dazu gehören:

Aktionstage,
Radiostammtische,
Buchmessen,
Recherche-Workshops.

Und die unterschätzte Phantasie der politischen Bildung spiegelt sich auch wider etwa in einer Zukunftswerkstatt zum „Gemeinsamen Haus Europa – Wohnen im Grenzgebiet“ (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund zus. mit Landesinstitut für Schule und Weiterbildung 1997), in Trainings zur Demokratie nach dem Konzept BETZAVTA ²²⁾ (Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg 1999) und anderen Antirassismustrainings. Außerhalb der etablierten Einrichtungen der politischen Bildung fallen nichtalltägliche Veranstaltungen und Kampagnen auf, beispielsweise die jährliche Preisverleihung „Goldener Hammer“ als Anerkennung für Engagement, Courage und Weltoffenheit, die Bibliotheksarbeit im Allerweltshaus Köln oder als Beispiel lokaler Aktivierung eine Ausstellung mit Versteigerung „Durchbrechen wir den Kreis – Völkerverständigung in Alsdorf“ (1993).

²²⁾ Ein aus Israel übernommenes Konzept der politischen und personalen Bildung; es geht um das Einüben von Verhaltensweisen mit menschen- und bürgerrechtlicher Perspektive; siehe die Veröffentlichung *Miteinander – Erfahrungen mit BETZAVTA. Praxishandbuch für die politische Bildung. Ein Konzept zur Demokratieerziehung aus Israel in der Adaption von S. Ulrich u.a. Bielefeld 1997.*

Das Themenspektrum

Von den überwiegend politischer Bildung zugerechneten Veranstaltungsankündigungen lappt eine Vielzahl in andere Bildungsbereiche hinein, diese sind berufliche Bildung, Lebenshilfe oder auch religiöse Bildung und – in den häufigsten Fällen – die (inter-)kulturelle Bildung. Hinzu kommt eine Reihe von Angeboten in einem Schnittbereich zwischen politischer Bildung und Sozialarbeit/Sozialpädagogik (siehe das Beispiel „Interkulturelle Jugendarbeit“ der Evangelischen Bildungsstätte Hackhauser Hof 1998) oder zwischen politischer und kultureller Bildung (Multikulturelles Zentrum Trier, Documentation Vis à Vis, März 2000). Von den 552 Angeboten konnten 98 der politischen Bildung zugerechnet werden und zeigten *gleichzeitig* Überschneidungen zu anderen Bildungsbereichen. Benannt wurden solche Angebote in Spalte X beispielsweise als „politische und interkulturelle Bildung“ oder „politische Bildung und Kultur“. Im Datenbestand lassen sich im Großen und Ganzen folgende Themenkomplexe unterscheiden in

1. enger auf die Innenpolitik in Deutschland bezogene, beispielsweise „Fünf Jahre nach dem Brandanschlag“, „Asyl und Einwanderung in Deutschland“ oder „Einbürgerung“ (Stadt Solingen/SOS Rassismus 1998, Multikulturelles Zentrum Trier 2000, Kölner Appell gegen Rassismus 1998);
2. auf Europa und die Welt gerichtete wie „Festung Europa – Asylpolitik der Europäischen Union“, „25 Jahre Kampf gegen die Apartheid“ (Allerwelts-Haus Köln 1999);
3. auf die Gesellschaft, auf Kulturen und Religionen, insb. den Islam, bezogene Themen (Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen 2000);
4. Antirassismuserbeit und Argumentationstrainings (Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung Marburg 2000);
5. Themen zur Alltagsbewältigung und Beratung (Multikulturelles Zentrum Trier 2000);
6. Kochen, Landeskunde und (inter-)kultureller Austausch („Blick über den Tellerrand“ wiederholt angeboten von Arbeit und Leben/VHS und Evangelischem Bildungswerk 1999/2000);
7. eine thematische Verbindung von beruflicher und politischer Bildung: „Berufliche Orientierung für MigrantInnen“ (Bildungswerk für Friedensarbeit Bonn 2000);
8. Themen, die mehr politische Aktion als politische Bildung zu erkennen geben oder eine Verbindung beider Felder beabsichtigen: „Flüchtlingswiderstand und seine Unterstützung“ (Internationales Begegnungszentrum Bielefeld – IBZ - 2000);
9. auf Selbsthilfe und Selbstorganisation von MigrantInnen zielende Themenfelder (Internationales Begegnungszentrum Bielefeld 2000).

Das thematische Spektrum reicht also von innerdeutschen Themen (Reform des Staatsbürgerschaftsrecht oder „Die Arbeit der Ausländerbeiräte“) bis hin zum Blick nach draußen, d.h. die Situation von Minderheiten in der Türkei, die politische Lage in Österreich nach den letzten Wahlen, die Misere des afrikanischen Kontinents. Zwischen „außen“ und „innen“ bewegen sich Angebote zur Agenda 21, vor allem aber Themen zu Flucht und Asyl. Die gesellschaftliche Ebene wird angesprochen durch das Phänomen Rassismus und Rechtsextremismus; Demokratie- und Antirassismustrainings versuchen darauf eine Antwort zu geben.

Darüber hinaus berühren Themen das Feld des Kulturellen: Integration und Probleme in der „Fremde“; Konflikte im Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen werden oft in Theaterstücken oder Ausstellungen thematisiert, etwa in der Nürnberger Fotoausstellung „Eine Stadt für alle: Ein Portrait des multikulturellen Nürnberg auf dem Weg ins nächste Jahrtausend“ des InterKultur-Büros im Jahr 2000. Auch (Schreib-)Wettbewerbe nehmen sich der Geschichte der Migration und Möglichkeiten des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen und Ethnien in Deutschland an („Begegnung mit Osteuropa: Gemeinsame Wurzeln, gemeinsame Wege, gemeinsame Ziele“, Schülerwettbewerb des Landes NRW 1999/2000).

Hin und wieder wird der Blick auf die deutsche Vergangenheit gerichtet, z.B. „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ (Bundesstadt Bonn 1999), und Aktion Sühnezeichen hat eigens ein Referat „Interkulturalität“ geschaffen, das den Bezug der MigrantInnen zur deutschen Zeitgeschichte diskutieren möchte und seit dem 1. Halbjahr 2000 einen „jour fixe“ mit jeweils zwei Referaten zu historischen und erinnerungspolitischen Themen anbietet²³. Eine größere Zahl der Veranstaltungen bewegt sich in weniger mit politischer Bildung im engeren Sinn beschriebenen Bereichen, so z.B. „Sucht und Suchtprävention mit Migrantinnen und Migrantinnen“ der RAA und des Jugendamtes Dortmund (1999) oder der „Internationale Seniorentag“ der AWO Essen im Juni 1999, der über Pflegeeinrichtungen informierte.

Mehrere Veranstaltungen (z.B. des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche im Rheinland im November 2000, „Deeskalationstraining in Konfliktsituationen in der Arbeit mit sozial benachteiligten Jugendlichen“) trainieren Prävention und Deeskalation in Gewaltsituationen (so auch: „Gewaltfreie Kommunikation“ von Arbeit und Leben Rheinland Pfalz im April und November 2000). Konflikte, um die es hier geht, können – müssen aber nicht – in einem Zusammenhang mit Migration und Rassismus stehen.

²³ Diskussionen über Geschichtsvermittlung in multikulturellen Klassenzimmern wie der Gedenkstättenarbeit stehen erst am Anfang, siehe z.B. Nicole Maschler: Sprengstoff im Geschichtsunterricht, in: TAZ vom 20.8.2001 sowie Fechler/Kössler/Liebertz-Gross 2000. Weitere Informationen zum „Projektbereich Interkulturalität der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste unter: www.asf-ev.de/zeichen/99-4-13.shtml

Im Grenzbereich von personenbezogener- und politischer Bildung liegt das Projekt „borderline“, das Jugendliche „bei ihrer Entwicklung zu einer demokratischen Persönlichkeit“ unterstützen soll (Jugendamt Wuppertal, mehrfach durchgeführt ab 1992).

Vermutlich partiell mit Politik, aber umso mehr mit dem Thema Migration befasst waren die Veranstaltungen „Kinder lernen Religion in der Pluralität“ (Evangelische Akademie Mülheim an der Ruhr, Mai 2000) oder das „Türkische Jugendfilmfest“ (Jugendfilmclub Köln, 1994, 1996). Mehrdeutig blieb auch die Einordnung von Veranstaltungen, die eher auf die psychische Situation von Flüchtlingen eingehen (z.B. „Den Menschen ein Stück Heimat geben“, Konrad-Adenauer-Stiftung, Juni 2000, „Frauen im Asylverfahren“, DFG-VK ²⁴⁾ Bildungswerk NRW, September 1999) oder Angebote für Mitarbeiter in Beratungsstellen („Beratung von Zuwanderern“, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, November 2000). Die für solche Fälle vorgesehene Zuschreibung „partiell“ politische Bildung, die sich aber mit anderen fachlichen oder professionellen Feldern verband (z.B. „und Sozialarbeit“), erhielten insgesamt 61 Veranstaltungen, als lediglich partiell politisch bildend wurden 81 Ankündigungen gewertet. Bei 14 Veranstaltungen konnte wegen fehlender Zusatzinformationen nicht entschieden werden, ob es sich (zumindest partiell) um solche der politischen Bildung handelte; sie wurden, um eine abschließende Einordnung offen zu halten, mit dem Etikett „Zweifelsfall“ versehen. Fast vierhundert Angebote ließen sich ohne Einschränkungen als politisch bildend verstehen. In wenigen Fällen ist die Einordnung offen geblieben. Kampagnen, Internetinformationen und Überblicksankündigungen hatten zwar politische und pädagogische Ambitionen, entbehrten aber weiterer Indizien, die sie als Bildungsveranstaltung kenntlich gemacht hätten.

Wer wird angesprochen? Adressaten und Zielgruppen

Ungefähr ein Drittel der Ankündigungen benennt diejenigen, an die sich die Bildungsveranstaltung richtet. Große, politisch verstandene Kulturveranstaltungen adressieren an „die Berliner Öffentlichkeit“ oder die „Alsdorfer Einwohner“, auch Kampagnen, wie Postkartenaktionen, haben sehr allgemeine Adressaten. Organisierte politische Bildung benötigt für die didaktische Phantasie und Planung auf der einen und die spätere Ansprache und Werbung auf der anderen Seite spezifischere Adressaten bzw. Zielgruppen, seien es „vor allem Jugendliche“, „Berufstätige“ oder genauer „dialogerfahrene Muslime und Christen“.

²⁴⁾ Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen.



Angebote richten sich darüber hinaus an Angehörige bestimmter Minderheiten wie Griechen oder Aleviten. Ein Wochenendseminar mit dem Titel „Situation von Migrantinnen“ beispielsweise möchte in erster Linie zugewanderte Frauen ansprechen (diese sind im gesamten Datenbestand eine unerwartet häufig beachtete Gruppe), schließt aber die Anwesenheit und Lernbereitschaft anderer Frauen nicht ausdrücklich aus. Für männliche Migranten besteht kein vergleichbar geschlechtsspezifisches Angebot. Nur 26 der über 500 Veranstaltungen im allgemeinen Bestand waren – wenn eine Zielgruppe genannt wurde – allein für Migrantinnen und Migranten ausgeschrieben. Im Bereich der Selbstorganisation wird die Teilnahme ‚Betroffener‘ ohnehin vorausgesetzt.

Über die Teilnahme von Zugewanderten an organisierter Weiterbildung ist bislang wenig bekannt. Nur soviel lässt sich sagen: Im Jahr 1997 nahm jeder zweite Deutsche zwischen 19 und 64 Jahren Angebote von Weiterbildungseinrichtungen wahr, unter deutsch sprechenden Ausländern war es nur ungefähr jeder Vierte²⁵⁾. Nach einer neueren Umfrage zur Lebenssituation von MigrantInnen aus der Türkei, die seit langem in Nordrhein-Westfalen wohnen, vermissen 17% der Befragten ausdrücklich geeignete Weiterbildungsangebote, 40% äußern sich zufrieden²⁶⁾. Da unsere Datenbank nur Angebote und Ankündigungen erfassen konnte, bleibt das Adressaten- und Teilnehmerverhalten vorerst im Dunkeln. Aber zu einer „umworbene“ Gruppe, das lässt sich doch sagen, sind Migranten in den etablierten Weiterbildungsbereichen bislang nicht geworden.

Berufsbezogene Fortbildungen wenden sich häufig an MitarbeiterInnen der Flüchtlings- und Ausländerbetreuung und -beratung, um ihnen Hilfestellungen für ihre Arbeit zu geben, sowohl im mehr psychologischen Bereich („Traumatisierte Frauen im Asylverfahren“ oder „Gewalt gegen Frauen – Zur interkulturellen Arbeit mit Flüchtlingsfrauen“, beide DFG-VK Bildungswerk NRW, Februar 2000) als auch im organisatorisch-politischen Bereich („Seminar für Flüchtlingsinitiativen in Rheinland-Süd“, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, November 2000).

Für Berufstätige in Verwaltungen oder der Politik ist die Anzahl an Veranstaltungsangeboten, die sich mit politischen und juristischen Hintergründen zur Migration beschäftigen, vergleichsweise hoch. Diese Zielgruppe muss sich im neuen Staatsbürgerrecht und in der behördlichen Verfahrensweise mit Flucht, Asyl und Ausländerrecht auskennen. Neben häufig vertretenen

25) Vgl. Berichtssystem Weiterbildung 7, hg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn 1999, S. 47ff.

26) Sauer/Goldberg, S. 61.

Veranstaltungen wie „Ausländerrecht und Asylverfahrensrecht“ der Europäischen Staatsbürger-Akademie im Europa-Institut Bocholt werden auch Angebote zur „Interkulturellen Kompetenz“ angeboten ²⁷⁾.

Ein wiederholt ausgeschriebenes Seminar des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main trägt den Titel „Polizei in einer multikulturellen Gesellschaft“ und hat das Ziel, „gegenseitiges Verständnis zwischen PolizistInnen und AusländerInnen herzustellen und Vorbehalte zu überwinden“. Inhaltlich wird das Begegnungskonzept durch Diskussionen über die Rolle der Polizei in einer demokratischen Gesellschaft ergänzt. Diese Veranstaltung repräsentiert einen innovativen, berufsgruppenspezifischen Zugang (siehe auch die Veranstaltungen des Informations- und Bildungszentrums Schloß Gimborn 2000).

Fortbildungen für PädagogInnen werden vielfach angeboten und lassen sich am ehesten dem Oberthema „Interkulturelle Kompetenz“ bzw. „Kommunikation“ für Kindergarten, Schule, Jugend- und Erwachsenenarbeit, Arbeitsplatz und Eltern(arbeit) zuordnen. Sie verbindet die Zielsetzung, das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft zu ‚erlernen‘ und zu gestalten (stellvertretend die Fortbildungsreihe „Interkulturelle Arbeit mit Kindern“ der Stadt Lünen 2000). Zunehmend gibt es auch Veranstaltungen für Fachkräfte im pädagogischen oder Altenpflegerischen Bereich (z.B. „Alt werden in der Fremde“, Caritasverband für Berlin e.V., 1999 und 2000). Hinzu kommen Anti-Gewalt-/Konflikttrainings, bei denen sich politische und sozialarbeiterische Fortbildung mischen, auch Wahrnehmungs-, Kommunikations- und Körperübungen machten große Teile des Programms aus (z.B. „Gewaltfreie Kommunikation“, Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz April und November 2000).

Eine Perspektive auf die dritte, jugendliche und in besonderer Weise „zwischen den Kulturen“ stehende Migrantengeneration wird indirekt eingenommen durch Veranstaltungsangebote für Erzieher, Lehrer und Sozialpädagogen (etwa „Jugendliche aus einheimischen und zugewanderten Familien – Miteinander oder Gegeneinander?“, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, September 1999 und Februar 2000) oder auch direkt durch Begegnungsprogramme zwischen Jugendlichen (z.B. eine deutsch-französische Jugendbegegnung in Frankreich „Courage gegen Rassismus – Rassismus und Antirassismus in Frankreich und Deutschland“ im August 1999). Adressaten können auch deutsche Jugendliche sein, die ein multikulturelles Zusammenleben ‚einüben‘ möchten, etwa in der Veranstaltung „Alles nur getürkt?“. Darin ging es um den Sprachgebrauch in der Einwanderungsgesellschaft (DGB-Jugend NRW 1999).

²⁷⁾ Siehe zur internen und externen beruflichen Fortbildung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes die Antwort der Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf die Große Anfrage 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 13/1146 vom 7.5.2001, S. 200ff.



Veranstaltungen für 16- bis 25-jährige bieten häufig Mediennutzung an, z.B. werden Filme produziert („Ich habe ja nichts gegen Ausländer, aber ...“, Mädchenzentrum Gladbeck 1993 und 1994) oder Mediacollagen erstellt („Interkulturelle Medienarbeit mit jungen Erwachsenen“, Schau-Fenster Bonn, April 2000). Eine Veranstaltung befasste sich mit dem Medium Pop-Musik und der Möglichkeit, an Video-Clips interkulturell zu lernen („Weltsprache Pop-Musik – Musik ...“, SchauFenster Bonn, Mai 2000). Jugendliche fühlen sich, so ist zu vermuten, ‚medial‘ eher angesprochen als durch vornehmlich diskursive Seminare.

Als letzte Gruppe seien die älteren Migrantinnen und Migranten genannt, für die es inzwischen regelmäßige Bildungsangebote gibt. Es sind diejenigen, von denen man lange glaubte, sie würden nach einigen Jahren des Gelderwerbs, spätestens aber mit dem Ruhestand, in die Türkei oder ein anderes Herkunftsland zurückkehren. Nun können sie sich über das deutsche Rentensystem informieren oder an Diskussionen über die hiesigen Bedingungen des Altseins teilnehmen. Beispielhaft: „Kaffeekränzchen, Stammtisch, (internationale) Teestube oder...? Zum Zusammenleben deutscher und ausländischer Seniorinnen und Senioren“ (Evangelische Akademie Mülheim an der Ruhr, Mai 2000).

Bildungsziele

Die Ziele der Bildungsarbeit übertreffen noch die Vielzahl von Veranstaltungsformen und -methoden – und erschweren die Kategorisierung dessen, was die Veranstalter jeweils mit ihrem Angebot intendiert bzw. was sie als pädagogische oder politische Zielsetzung formuliert haben. Heuristisch kann man – ähnlich wie bei der Systematisierung der Themen – pädagogische Zielsetzungen unterscheiden, die sich zum einen auf die ‚angestammte‘, zum anderen auf die zugewanderte Bevölkerung beziehen.

Die Diskussionswünsche und die **Wissens- und Verhaltensdefizite der Mehrheitsbevölkerung** werden etwa wiederholt angesprochen mit Bildungszielen wie

- der Fremdenfeindlichkeit und dem Rechtsextrismus politisch und praktisch begegnen, Zivilcourage stärken,
- Erlernen von Demokratie als Alltagspraxis,
- Informationen weitergeben über Ursachen und Motive der Einwanderung,
- Verständnis und Verhaltensänderung bei Berufsgruppen wecken,
- Vermittlung interkultureller Kompetenz

- Kennenlernen des Alltags in Ländern, aus denen Migrantinnen und Migranten nach Deutschland kommen,
- Auseinandersetzung mit dem Islam.

Der **Arbeit mit MigrantInnen und MigrantInnenorganisationen** liegen folgende Zielsetzungen zugrunde:

- Öffentlichkeitsarbeit von Minderheiten, z.B. über das Radio, das Internet fördern,
- Austausch und Vernetzung,
- Beratung und Vermittlung, z.B. rechtlichen Wissens,
- Migrationsgeschichten sammeln, darstellen und veröffentlichen,
- Älterwerden in der Fremde erlernen,
- Arbeit der Ausländerbeiräte unterstützen,
- Integration in die lokalen und regionalen Agenda 21-Prozesse.

An **Deutsche und Zugewanderte** gleichermaßen wenden sich Anbieter mit den Zielsetzungen:

- Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus,
- Deeskalation – Mediation –Antigewalt-Trainings,
- gleichberechtigte Integration von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland,
- Bürgerbeteiligung stärken,
- Kulturelle Unterschiede kennen lernen durch „Begegnungen“ in der VHS und anderswo,
- Beispiele der Migration(sproblematik) aus anderen Ländern vorstellen und diskutieren,
- Auseinandersetzung mit der Geschichte von Ausgrenzung und Verfolgung (meist dem Nationalsozialismus),
- Beschäftigung mit der Geschichte der Migration,
- Zukunftsperspektiven für das gemeinsame Haus Europa entwickeln,
- Entwürfe für eine multikulturelle Gesellschaft,
- Auseinandersetzung mit Medien und ihrer Berichterstattung über Migration, Fluchtursachen u.ä.

Deutsche, Zugewanderte oder Asylsuchende, **die in Vereinen oder Initiativen** politisches Handeln bereits zu erkennen geben, werden mit pragmatischen Zielsetzungen angesprochen – oder definieren diese selbst ²⁸⁾:

- Informationen weitergeben/Börsenfunktion,
- Austausch und Vernetzung,

²⁸⁾ Beispielhaft die im Frühjahr von der Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Nordrhein-Westfalen (IDA) ins Leben gerufene Börse: www.Projekte-interkulturell-NRW.de; siehe auch den Zusammenschluss Netzwerk Migration in Europa e.V. (www.network-migration.org). Wir haben uns auf mehrfach in verschiedenen Varianten genannte Zielsetzungen beschränkt. Diese kommen selbstverständlich nicht nur einzeln, sondern auch in Kombinationen vor.



- Integrationskonzepte entwickeln,
- Diskriminierung verhindern und bekämpfen – Isolation durchbrechen,
- Unterstützungsarbeit für Flüchtlinge wie Kirchenasyl u.ä..

Wenn man diese Ziele an den jüngsten Vorstellungen der Bildungspolitik in NRW misst, lässt sich eine Korrespondenz feststellen. Der auch für politische Bildung zuständige Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes, Harald Schartau, befürwortet die Unterstützung demokratischen Engagements. Zu den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen dies geschehen kann, wird ausdrücklich die Migration genannt: „Wer die Integration der bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer praktisch vorantreiben will, muss nicht nur über sie reden, sondern auch mit ihnen“²⁹⁾. Was die Kooperationsbeziehungen der hier versammelten Anbieter angeht und die Mitgestaltung des pädagogischen Settings durch MigrantInnen, gehen die formulierten Bildungsziele schon über die Forderungen des Ministers hinaus.

Methodisch-didaktische Zugänge

Medien wie Videos oder Recherchearbeit mit Fotoapparat und Tonbandgerät werden, wie bereits erwähnt, bevorzugt in Veranstaltungen für Jugendliche und junge Erwachsene eingesetzt. Auch in Wettbewerben, die sich an Jugendliche wenden, fordert man die Teilnehmer auf, „Bilder, Collagen, Texte, Hörspiele, Klangbilder, Fotos, Videos, Theaterstücke o.ä.“ einzureichen (Kreativwettbewerb „Viele Kulturen – Eine Stadt“, Oberbürgermeister, Beirat für Ausländische EinwohnerInnen, RAA Mülheim 1996/97).

In Veranstaltungen für Erwachsene überwiegen zunächst eher „klassische“ Methoden wie Vorträge, Diskussionen, Podiumsgespräche, Arbeitsgruppen etc., doch auch Erfahrungsaustausch, Exkursionen z.B. zu Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge, Musikeinsatz, CD-ROMs, Reflexionen oder praktische Übungen werden wiederholt genannt. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass Angehörige der ersten Migrantengeneration, die vor 40 Jahren nach Deutschland kamen, schon als Zeitzeugen fungieren, und für biographische Lernelemente zur Verfügung stehen. So geschehen in der Ausstellung „LEBENSWEGE“ des Projektes „Interkulturelle Seniorenarbeit in Stuttgart“ (ISIS) des Evangelischen Migrationsdienstes der Prälatur Stuttgart und im Seminar „Sie wollten Arbeiter, doch es kamen Menschen“ der DGB-Jugend NRW im Jahr 2000.

²⁹⁾ Politische Bildung verlangt Fachleute und Kontinuität. Ein Interview mit NRW-Minister Schartau, in: Praxis politische Bildung, Heft 3 (2001), S. 177-180, hier 178; siehe auch Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen 2000.

Bei der hohen Zahl von Tagungen und Konferenzen im Bestand, also bei nahezu einem Drittel der Veranstaltungen, scheinen aktivierende Methoden nicht vorzuherrschen. Diese lassen sich am ehesten in Seminaren, Kursen und Gesprächskreisen finden.

Allerdings geben die Ankündigungen darüber in vielen Fällen keine Auskunft. Außer dem üblichen Handwerkszeug wie „Vortrag mit Diskussion“, Dias und Filmen werden Planspiele genannt, auch Recherchen/Erkundungen (Thomas-Morus-Akademie, Internationales Begegnungszentrum Bielefeld), Interviews, das „Atelier“ (Forum kath. EB Wien 2000) und das Neugier weckende „Integrationsspiel“ (Progressiver Eltern- und Erzieherverband - PEV 1999). Dominierend sind die aktive Teilnahme herausfordernde Methoden immer dann, wenn Zugänge eigens genannt oder solche erschlossen werden können. Gruppenarbeit ist dabei Allgemeingut, und auch subjektive Ansätze werden gewählt: der „Erfahrungsansatz“ oder „Biographiearbeit“. Und kulturelle Formen wie Lesungen oder das Verfassen von (auch literarischen) Texten in Schreibprojekten, das „kreative Schreiben“, stehen inzwischen nicht mehr konträr zu Auffassungen über politische Bildung. Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung betont im Zusammenhang mit einem Antirassismustraining – „Blauäugig / Braunäugig“ (2000) – , sie strebe eine „Verbindung von emotionalem und kognitivem Lernen“ an und benennt damit einen Weg, den vermutlich viele Anbieter von Seminaren inzwischen beschreiten, ohne dies noch ausdrücklich zu erwähnen. Das traditionelle Methodenrepertoire der Erwachsenenbildung/ Weiterbildung wird erweitert durch:

- den Umgang mit und die Präsentation von neuen Medien (Multikulturelles Zentrum Trier 1997),
- Bürgerfunk/Radioarbeit (u.a. Stadt Solingen 1998; Hannah-Arendt-Bildungswerk Essen mehrjährig; Caritas-Verband Aachen o.J.),
- Trainings/Simulationsspiele/Rollenspiele (u.a. Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz 2000),
- Beratung (u.a. Multikulturelles Zentrum Trier 2000.),
- Aktionstage/Demonstrationen (Stadt Solingen/SOS Rassismus e.V. 1998),
- (Stadt-)Erkundungen/Spurensuche (Thomas-Morus-Akademie 2000 u.a.),
- Fotointerpretation (DGB-Bildungszentrum Hattingen 2000),
- Ausstellungsbesuche (u.a. Bischöfliches Generalvikariat Aachen 2000),
- Mehr-Generationen-Gespräche (u.a. Arbeit und Leben DGB/VHS Oberhausen 1998).



Als bemerkenswerte Projekte in thematischer und/oder methodischer Hinsicht können gelten:

- Projektschultage (Aktion Jugendschutz Sachsen e.V./DGB-Jugend Sachsen 2000),
- das Internet als Diskussionsforum zu Fragen der Einwanderung und des Zusammenlebens (Land Brandenburg seit 1998 u.a.),
- ein auffälliger teilnehmerorientierter Methodenmix bei einzelnen Veranstaltungen (Europäische Bildungs- und Aktionsgemeinschaft o.J.).

Für viele Projekte und die meisten auf der LzZ-Tagung WERKSTATT WEITERBILDUNG im September 2000 in Unna-Massen vorgestellten Beispiele politischer Bildung gilt, dass sie sich didaktisch auf die in den 70er und 80er Jahren vielzitierte *Handlungsorientierung* stützen und damit auch ein gesellschaftliches Partizipationsversprechen geben. Es kann aber ebenso eine unmittelbare politische Manifestation gemeint sein, etwa in einer Veranstaltung des Internationalen Begegnungszentrums Bielefeld (IBZ), „Flüchtlingswiderstand und seine Unterstützung“ (1. Halbjahr 2000). Die Orientierung am Handeln, an der politischen Aktion korrespondiert eng mit *Selbsttätigkeit* und *selbstbestimmtem Lernen*. Selbstorganisation könnte in der politischen Bildung zum Thema Einwanderung noch an Bedeutung gewinnen – und damit auch der Kooperationsgedanke. Einrichtungen unterstützen schon jetzt, wenn auch nicht in großem Stil, die Selbstorganisation von Migrant*innen aus politischen Gründen, und sie profitieren von einer verbindlichen Beziehung, die Teilnehmer*innen und Themen über Jahre garantiert (zum Beispiel das IBZ Bielefeld oder das Multikulturelle Forum Lünen)³⁰⁾ Eigenverantwortete Projekte und vereinsähnliche Zusammenschlüsse von Zugewanderten können aber auch in der Gefahr der Isolierung oder selbst gewählten Abschottung stehen und sich, was die pädagogische Praxis wie die politische Zielsetzung betrifft, einer der Aufklärung und Demokratie verpflichteten Bildungsarbeit entziehen.

³⁰⁾ Zur Zusammenarbeit der Einrichtungen der politischen Bildung mit Migrant*innenorganisationen: Antwort der Landesregierung NRW auf die Große Anfrage der Fraktion der F.D.P., Drucksache 13/1397 vom April 2000, S. 52. - In NRW wird die Selbstorganisation von Migrant*innen seit dem Jahr 2001 aus der Modellförderung in die Regelförderung übergeleitet und dafür jährlich DM 650.000 vom Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie zur Verfügung gestellt; siehe auch Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen 2000, insb. S. 29f.

Innovative politische Bildung

Als in einer oder mehreren Hinsichten „vorbildlich“, „innovativ“ oder auch „bemerkenswert“ im Sinne teilnehmerorientierter politischer Bildung haben sich im allgemeinen Bestand über 80 Veranstaltungen oder Projekte hervor getan. Sei es, dass sie im Rahmen der Bildungsarbeit ein ungewöhnliches Medium – die Herstellung einer Zeitschrift oder einer Radiosendung – nutzten, sei es das Praktizieren nicht alltäglicher Methoden wie das Schreiben oder die lokale Spurensuche.

Zum nicht Alltäglichen gehört die Bonner Buchmesse Migration, die über Literatur und ein umfangreiches Begleitprogramm das Thema Einwanderung facettenreich aufgreift³¹⁾. Das Medium CD-ROM nutzte die Ausstellung „Gesichter der Stadt – Saarbrücker Bürgerinnen und Bürger“ des Vereins Ramesch - Forum für interkulturelle Begegnung im Oktober 1999. Diese CD-ROM setzt sich aus vielen Elementen zusammen, hinter denen jeweils ein anderer Saarbrücker Bürger „angeklickt“ werden kann, der sich über seine Erfahrung und Meinung zum Thema „Heimat“ äußert.

Als innovative Form der politischen Bildung sollte auch das Internet angesehen werden. Diskussionen im weiten Umfeld von Migration, Migranten-zusammenschlüssen, Flüchtlingsinitiativen u.a.m. werden bereits mit Hilfe dieses Mediums ausgetragen, und Einrichtungen der politischen Bildung greifen verstärkt auf die neue Kommunikationstechnik zurück. Die bisher eher schwerfällige Bundeszentrale für politische Bildung bietet unter www.musstar.de ein Lernangebot zum Thema „Einwanderung“, das die Probleme einer (virtuell) eingewanderten Familie verdeutlichen möchte und offensiv zur Teilnahme an der Diskussion ermuntert: „Chatten ist einfacher, als Sie annehmen“³²⁾.

Ebenfalls interaktiv ist die Ausstellung „labyrinth fluchtweg“³³⁾ gestaltet. (Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.). Sie ist eine in einem Großraumtruck untergebrachte, begehbare Collage und beherbergt verschiedene Stationen eines Flüchtlings auf dem Weg von Marokko nach Spanien. Der Besucher soll sich in die Flüchtlingssituation einfühlen, wobei er in einem 20-minütigen Rundgang durch ein Hörspiel geleitet wird und in einem Internet-Café endet. Hier ist nicht nur die Ausstellung selbst hervorzuheben, sondern auch die Herangehensweise an das Thema Flucht durch den unvermeidlichen Perspektivenwechsel.

31) Insbesondere die Literatur der türkischen Minderheit, beispielsweise Feridun Zaimoglu („Abschaum – Die wahre Geschichte des Ertan Ongun“. Berlin 1997) hat der kulturellen Ausdrucksform starke politische Impulse gegeben.

32) Siehe auch „Internet-Communities für Migranten“: www.forumbildung.de, online-Rollenspiele gegen Vorurteile unter www.fairlink.de, eine website, die einen Überblick über Projekte der antirassistischen und interkulturellen Jugendarbeit in NRW vorstellt und zum Erfahrungsaustausch einlädt: www.Projekte-interkulturell-NRW.de oder auch AGORA – Politische Bildung über neue Medien: www.gesellschaft-agera.de.

33) Inzwischen weitergeführt unter dem Titel *Clandestino Illegal*, ausleihbar bei Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen, Fachbereich internationale und interkulturelle Arbeit, Bahnhofstraße 16, 49409 Barnstorf, barnstorf@vnb.de



Herausragende Projekte in thematischer, methodischer oder politischer Hinsicht sind in diesem Quellenbestand darüber hinaus zweifellos:

- Das Projekt „Merhaba“ der Thomas-Morus-Akademie (1998-2000). Es wendet sich insbesondere an türkische Oberstufenschülerinnen und Studentinnen und möchte diese mit einer „empowerment“-Strategie für (Führungs-)Positionen in deutsch-türkischen Institutionen und interkulturellen Kontexten qualifizieren. Das geschieht vor allem durch Kompaktseminare, zu denen auch Exkursionen und andere Formen von Bildungsarbeit gehören³⁴⁾.

Unter die Strategie einer effektiveren Teilhabe lässt sich auch die Unterstützung und Qualifizierung von Ausländerbeiräten subsumieren (etwa der Islamischen Akademie im Jahr 2000 oder der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW). Nicht zuletzt sind auch die vom Landeszentrum für Zuwanderung NRW durchgeführten Modellseminare zur Qualifizierung von Führungskräften in Migranten-Selbstorganisationen als Unterstützung direkter gesellschaftlicher Partizipation zu verstehen³⁵⁾.

- Das Schreibprojekt „Jahrhundert der Migration“ der Bundesstadt Bonn (1999), das zur Schreibtätigkeit anregen wollte und damit gleichzeitig zur Vergewisserung dessen, was zum Verlassen der Heimat geführt, wie sich der Prozess des „Einlebens“ entwickelt hat und vieles mehr. Selbsttätigkeit, Reflexion, Austausch mit anderen und schließlich die Vermittlung der Ergebnisse an die Bonner Öffentlichkeit waren Ziele dieses Projekts.
- Theaterarbeit, wie sie seit 1999 in Castrop-Rauxel als eine besondere Form politischer und (inter-)kultureller Bildung entwickelt wird: „Odysseus Schwestern“, griechische und deutsche Frauen sind den eigenen und fremden Migrationsgeschichten nachgegangen, um sie in ein zweisprachiges Theaterstück einfließen zu lassen. Unter dem Titel „Damals waren wir Fremde ...“ ist es inzwischen viele Male nicht nur in der griechischen Gemeinde, sondern auch vor „allgemeinem“ Publikum in verschiedenen Städten aufgeführt und diskutiert worden.

34) „Merhaba“ wurde nach Beendigung der Modellprojektphase mit Hilfe von Sponsoring durch deutsche und türkische Unternehmer auch im Jahr 2001 fortgeführt (Telefonat mit Herrn Dr. Taxacher am 21.11.2001).

35) Das LzZ bot zwischen Januar und Dezember 2000 acht Wochenendveranstaltungen an, die MitarbeiterInnen und Ehrenamtlichen in der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten Fähigkeiten zur Effektivierung ihrer Vereinsarbeit vermitteln konnten; im Jahr 2001 fand eine ähnliche Qualifizierung durch das LzZ in Kooperation mit IDA für „aktive Vereinsmitglieder aus MigrantInnenjugendverbänden“ statt (beide nicht im Datenbestand).

- Auch Ausstellungen zum Thema Einwanderung gehören zu den innovativen, für organisierte politische Bildung noch immer ‚besonderen‘ Lernorten. Wechselausstellungen haben im Ruhrland-Museum Essen („Fremde Heimat“ 1998)³⁶⁾ und in München („Für 50 Mark einen Italiener“ 1999) stattgefunden, dort unter anderem in dem Bunker unter dem Hauptbahnhof, der Arbeitsmigranten als erste Station ihrer Ankunft in Deutschland diente. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang auch Wanderausstellungen: „Fremd in der Heimat – Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa unterwegs nach Deutschland“ wurde vom Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus bereits im Jahr 1990 zusammengestellt. Sie wirbt durch Information und Begleitveranstaltungen für mehr Akzeptanz gegenüber den Zugewanderten. Oder als letztes Beispiel die Ausstellung „LEBENSWEGE“ des Projekts Interkulturelle Altenarbeit (ISIS), die sechs Migrantinnen und Migranten u.a. aus Griechenland und der Türkei photographisch und biographisch vorstellt.

Die besondere Anregungsqualität, die dreidimensionale Objekte und Inszenierungen für Bildungsprozesse mit Blick auf MigrantInnen und auf die Mehrheitsbevölkerung bedeuten können, lässt sich bisher nur erahnen³⁷⁾.

Angebote nordrhein-westfälischer Volkshochschulen

Nicht nur politische Bildung

In den bundesdeutschen Volkshochschulen nimmt politische Bildung im Bereichsspektrum quantitativ einen untergeordneten Platz ein. In den letzten Jahren – dem Erhebungszeitraum der vorliegenden Daten – sind im Fachbereich Gesellschaft – Geschichte – Politik (seit 1998 neuer Programmzuschnitt Politik – Gesellschaft – Umwelt) 8 - 9% der Kurse angesiedelt gewesen, bei den Unterrichtsstunden waren es rd. 5%³⁸⁾.

In den Volkshochschulen des Landes NRW werden für das Jahr 1999 5,7% der Unterrichtsstunden im Fachbereich Politik – Gesellschaft – Umwelt³⁹⁾, also ein etwas höherer Anteil am Gesamtangebot angegeben. An den absoluten Zahlen hat sich in den letzten Jahren wenig geändert, es wird nur eine geringe Steigerung verzeichnet⁴⁰⁾.

36) Diese Ausstellung wurde in Verbindung mit DOMIT, dem Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei e.V. (Köln), realisiert. DOMIT verfügt über einen umfangreichen Sammlungsbestand und setzt sich für ein Migrationsmuseum in Deutschland ein, siehe www.domit.de.

37) BesucherInnenforschung ist nach wie vor ein Desiderat in Museen und Wechselausstellungen, dazu Behrens, Heidi/Ciupke, Paul/Reichling, Norbert: Neue Lernsettings in Kultureinrichtungen, in: Richard Stang/Achim Puhl (Hg.): Bibliotheken und lebenslanges Lernen. Lernarrangements in Bildungs- und Kultureinrichtungen. Bielefeld 2001, S. 159-184.

38) Zahlen vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE), Gespräch mit Herrn Reitz am 17.4.2001; siehe auch VHS-Statistik Arbeitsjahr 1999, 38. Folge. Bielefeld 2000 sowie www.die-frankfurt.de/esprid/dokumente/doc-1999

39) Telefonat mit Monika Engel vom Landesverband des Volkshochschulen NRW am 16.10.2001 (mit Bezug auf die DIE-Statistik); siehe auch Pehl, Klaus: Teilbereich Angebot/Angebotsentwicklung, in: Gutachten für die Vorstudie zur Evaluation der Weiterbildung, hg. vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung. Soest 1996, S. 79-170, hier S. 96 (7,1% der Unterrichtsstunden im Jahr 1994, zunehmend seit Ende der 80er Jahre).

40) Telefonat mit Monika Engel, Anmerkung 39.

Der Landesverband der Volkshochschulen NRW hat Ende des Jahres 2000 ein Selbstverständnispapier zur politischen Bildung veröffentlicht; er entfaltet darin insbesondere den umstrittenen Politikbegriff in der politischen Bildung. Demnach soll die Entgegensetzung – hier eine enge, zentrale Kategorien wie Staat, System, Institutionen, dort eine weite, die Lebenswelt und den Alltag einschließende Definition von Politik – zugunsten der Orientierung an drei Dimensionen überwunden werden, und zwar an: *polity*, also die Institutionen und Rahmenbedingungen der Demokratie, *policy*, das sind die Gegenstände von Politik und an *politics*, d.h. an Formen der Willensbildung, Bürgerbewegung, Interessenvermittlung.

Mit diesen Dimensionen – so seine Verfasser – würden nicht nur Form, Inhalt und Verlauf von Politik angesprochen, sondern auch auf politische Bildung bezogene didaktische Überlegungen. Dieser Politikbegriff sei so umfassend, dass sich Fragen und Themenstellungen der Bildungsarbeit darauf beziehen könnten⁴¹⁾.

Wenn die Daten aus nordrhein-westfälischen Volkshochschulen ein schillerndes, an den Dimensionen und Kategorien der verbandspolitisch vertretenen politischen Bildung nicht zu messendes Bild zeigen, hängt das vor allem mit dem Zustandekommen dieses Bestands von zunächst mehr als 150 Ankündigungen zusammen, die 1998/99 weitgehend beim Landesverband der Volkshochschulen NRW deswegen erhoben wurden, um didaktische Konzepte für das Thema „Einwanderungsgesellschaft“, insbesondere Fortbildungsangebote für KollegInnen des Zweiten Bildungswegs⁴²⁾, zu entwickeln. Die fachbereichsbezogene politische Bildung spielte dabei keine zentrale Rolle.

Aber auf die mörderischen rassistischen Übergriffe der 1990er Jahre haben auch die Volkshochschulen mit politischen Aktionen und Einzelveranstaltungen reagiert und dafür eigens geworben; die hier zugrunde liegenden Programme bilden diese Angebote aber nicht zureichend ab⁴³⁾. Dem 1998 und 1999 erhobenen Datenbestand fehlte teilweise die zeitliche Bestimmung des Kalenderjahres. Die fehlenden Angaben haben wir nach Rücksprache mit der zuständigen Kollegin, Frau Pieper-Sentürk, folgendermaßen rekonstruiert: Die Veranstaltungen im Winterhalbjahr haben höchstwahrscheinlich 1998, die von Januar bis April im Jahr 1999 stattgefunden.

41) Vgl. Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen (Hg.): Politische Bildung an Volkshochschulen. Selbstverständnis, Positionen und Argumente. Dortmund, November 2000.

42) Inzwischen sind nicht nur Fortbildungen für den ZBW entwickelt worden, sondern auch für die Gesundheits- und die kulturelle Bildung.

43) Informationen von Frau Pieper-Sentürk (Telefongespräch am 16.10.2001), die Arbeitspläne verschiedener Volkshochschulen aus den Jahren 1998 und 1999 auf Veranstaltungen zu „Migration“, „Fremdheit“, „Multikulturelles Zusammenleben“ u.ä. in allen Fachbereichen durchgesehen und das Material dem LZZ zugänglich gemacht hat.

Veranstaltungen und Adressaten

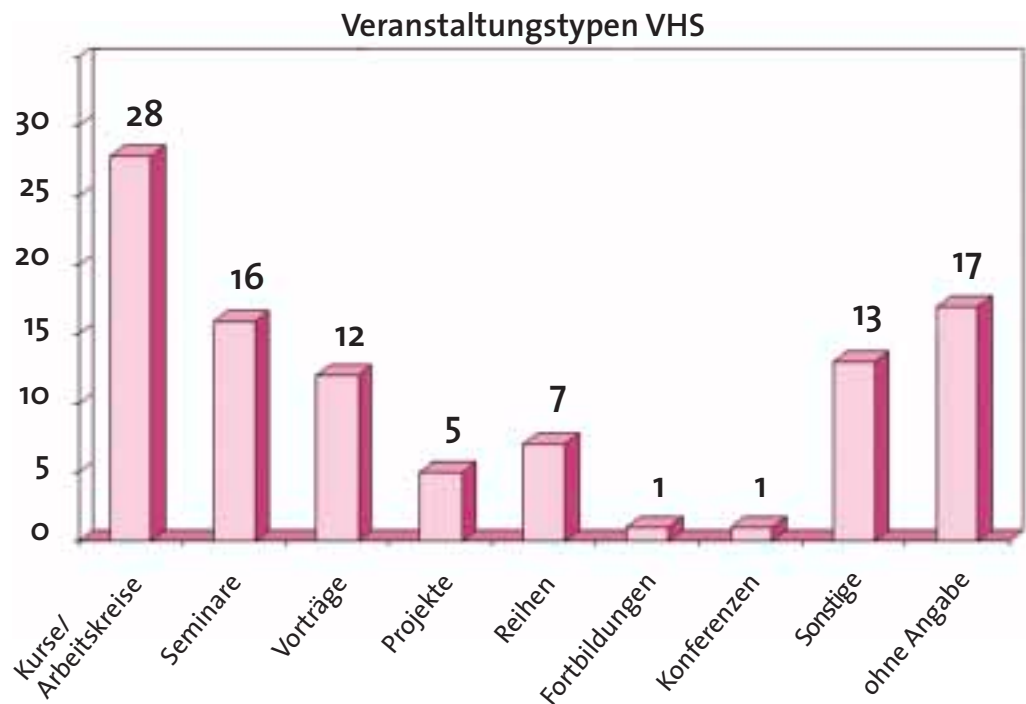
Volkshochschulen sind „kommunale Bildungszentren in öffentlicher Verantwortung mit umfassender Angebotsbreite“⁴⁴⁾. Sie adressieren ihre Veranstaltungen an interessierte BürgerInnen und eher selten an spezifische Berufsgruppen. Unter den anfangs 158 hier genauer untersuchten Veranstaltungshinweisen fanden sich dementsprechend Veranstaltungen für das allgemeine ansässige wie zugewanderte Publikum. In den Volkshochschulen der alten Bundesländer wurden 1996 zehn Prozent aller Kurse an spezifische Adressaten gerichtet, davon waren 27 Prozent Ausländer⁴⁵⁾. Im vorliegenden Bestand sprechen 15 Veranstaltungsankündigungen ausdrücklich Zugewanderte an, darunter fallen zahlreiche an *Migrantinnen* adressierte Veranstaltungen auf⁴⁶⁾. Politische Bildung scheint beispielsweise an der VHS Bochum frauenspezifische Arbeit zu sein: „Stadterkundung für Frauen“ und handlungsorientierte Konzepte zur Unterstützung der Integration aus Osteuropa eingewanderter Frauen.

Auch an den Veranstaltungstypen kann abgelesen werden, wen man als Teilnehmer/in erwartet hat: So ist unter den Ankündigungen nur eine einzige Konferenz, zwei Diskussionsforen bzw. Podiumsdiskussionen, und von 12 Vorträgen beschäftigen sich die meisten mit den Verhältnissen in einzelnen Ländern. Am häufigsten kommen die traditionell mit der Bildungsarbeit der Volkshochschulen verbundenen Gesprächskreise bzw. Kurse (28) und Seminare (16 inklusive Wochenend- und Kompaktseminare) vor. Die nicht immer entschlüsselbare Veranstaltungsart ‚Projekt‘ wurde fünfmal genannt, Veranstaltungsreihen siebenmal. Exkursionen fallen ebenso wie Ausstellungen und Lesungen, Musikveranstaltungen und/oder -festivals unter die Kategorie „Sonstige“ (13). Siebzehn Ankündigungen enthielten keinen Hinweis auf den Typus der Veranstaltung.

44) Klaus Pehl: Das Volkshochschul-Programmarchiv nutzen, in: ders./Sigrid Nolda/Hans Tietgens: Programmanalysen. Programme der Erwachsenenbildung als Forschungsobjekte. Frankfurt/m. 1998, S. 9 – 60, hier: S. 12.

45) Bechmann, Ulrich und Pfänder, Petra: Gutachten für die Vorstudie zur Evaluation der Weiterbildung zu Teilbereich „Teilnehmerschaft“, in: Gutachten für die Vorstudie zur Evaluation der Weiterbildung, hg. vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Soest 1996, S. 171-236, hier S. 193; neuere Zahlen der VHS-Statistik sind nicht mehr einfach zugänglich, sondern werden als Dienstleistung gehandelt.

46) Frauen machen nicht nur weltweit die Mehrheit der Migrierenden aus, Migrantinnen zeigen auch eine starke Weiterbildungsbereitschaft, vgl. Oels 2001 (darin auch weitere Beispiele für interkulturelle VHS-Arbeit); in der allgemeinen Weiterbildung liegt der Frauenanteil bei den Kursangebot der Volkshochschulen in NRW bei 70 Prozent, in der politischen Bildung in NRW allerdings deutlich niedriger, lt. Statistik der Landeszentrale für politische Bildung lag er im Jahr 1999 bei 41,9 Prozent (Grundauswertung der Erhebung von Veranstaltungen der Einrichtungen der politischen Bildung NRW im Jahr 1999. Düsseldorf 2000, S. 9).



Hier die Zahlenverhältnisse im Überblick:⁴⁷⁾

Kurse/Gesprächskreise	28
Seminare	16
Vorträge	12
Projekte	5
Veranstaltungsreihen	7
Fortbildungen	1
Konferenzen	1
Sonstige	13
Ohne Angabe	17
Ankündigungen insgesamt	98

Bei den Vorträgen konnte eher selten eine Verknüpfung von politischer Bildung mit dem Thema Migration gesehen werden. Die meisten Ankündigungstexte beschränkten sich auf die Landschaft, die Kultur oder Themengebiete einzelner Länder. Flucht oder Migration ließen sich in wenigen Fällen unter „Probleme des Landes“ einordnen. Unter diesem Aspekt haben wir Veranstaltungen wie „Grönland – gigantisch und geheimnisvoll“ (VHS Dortmund), „Als Tourist oder Touristin in der Türkei“ (VHS Bonn-Bad Godesberg) oder „Die abenteuerliche Reise zu den Teppichhändlern in Nepal“ (VHS Dortmund) – 15 an der Zahl – wegen ihrer eindeutig touristischen Orientierung aus der Datenbank herausgenommen.

⁴⁷⁾ Zwei Doppelnennungen.

Andere Veranstaltungen bewegten sich zwar im Bereich der politischen Bildung, erwähnen aber das Thema Flucht oder Migration nicht: „Geschichte und Politik der Niederlande“

(VHS Bonn), „Südafrika, der Weg zur nationalen Identität“ (VHS Bonn – Nord-Süd-Zentrum), insgesamt 21 Veranstaltungen; auch sie wurden aus dem Bestand gestrichen.

Nicht in den Datenbestand integriert haben wir auch die meisten von Tanz- und Musikveranstaltungen, die sich ausschließlich mit „Volkstänze(n) aus der Türkei“ (VHS Hattingen), „Tänze(n) aus Griechenland“ (VHS Wuppertal), „Mehrstimmige türkische Chorwerke“ (VHS Köln) beschäftigen. Wir schließen nicht völlig aus, dass diese Musikveranstaltungen dennoch auch einen politischen Charakter gehabt haben können.

Freundschaftsveranstaltungen zwischen verschiedenen Nationen oder Kulturen dagegen haben wir als partiell politisch gewertet. So veranstaltet die Volkshochschule Wuppertal bereits seit mehreren Jahren ein „Interkultfestival“, das mehrere Tage dauert und verschiedenen in Wuppertal lebenden Nationalitäten, Initiativen, Vereinen und Kulturgruppen ein Forum bietet, sich zu präsentieren und der städtischen Bevölkerung die Möglichkeit gibt, MigrantInnen kennen zu lernen. Ähnliches besteht in Moers mit der Veranstaltung „Multikulturelles Moers“. In dieses Themengebiet gehören auch Veranstaltungen wie „Deutsche aus Russland in Deutschland“ (VHS Duisburg) oder „Von Ost nach West – Aussiedler vor einem neuen Anfang“ (VHS Bottrop), die sich ganz explizit mit der Situation der eingewanderten Minderheit und ihrem Verhältnis zur Mehrheit der Deutschen befassen.

Eher am Rand politischer Bildung, aber im Thema Migration befinden sich Gesprächskreise bzw. Frauentreffs, welche hauptsächlich zugewanderte (größtenteils türkische, aber auch persische oder vietnamesische) Frauen sowie Flüchtlingsfamilien gewinnen möchten. Sie geben den Teilnehmenden Gelegenheit, sich mit Flüchtlingen der gleichen, aber auch anderer Herkunft über ihre Lebenssituation in Deutschland und Möglichkeiten der Alltagsbewältigung auszutauschen. Migrationspolitische Fragestellungen greifen Veranstaltungen wie „Politischer Gesprächskreis für persisch sprechende Frauen: Die Rolle der Medien im interkulturellen Austausch“ (VHS Bochum) oder der „Gesprächskreis für afrikanische Frauen zu migrationspolitischen und frauenspezifischen Fragen“ (VHS Bochum) auf. Direkt an MigrantInnen richten sich auch Veranstaltungsangebote, die Hilfestellungen zur Einbürgerung, zum Erlernen der deutschen Sprache oder im Umgang mit deutschen Behörden o.ä. bieten. Hier kann sich Lebenshilfe sehr praktisch mit politischer Bildung verbinden.



Die VHS Duisburg bietet ausdrücklich Einbürgerungsseminare an („Ausländer werden Deutsche“), und das dortige interessante Angebot „Seminare auf Abruf“ ist für die Anforderung von Bevölkerungsgruppen reserviert, die aus dem Ausland stammen. Die VHS arbeitet mit der Koordinierungsstelle Zuwanderung der Stadt Duisburg zusammen.

Wie in Bochum und Duisburg gibt es auch anderswo bestimmte Angebotsprofile in Volkshochschulen. In Wuppertal ist der Blick stärker nach Osteuropa gerichtet, werden im Rahmen von VHS-Veranstaltungen etwa Städtepartnerschaften angebahnt und deren Ausgestaltung diskutiert. Und die Volkshochschule Münster praktiziert ein fächerübergreifendes Konzept zum interkulturellen Lernen⁴⁸⁾.

Durch die 98 erfassten VHS-Veranstaltungen in NRW wird auch deutlich, dass diese kommunalen Bildungseinrichtungen – ebenso wie soziokulturelle Zentren – einen Beitrag zur Selbstorganisation und zur Vereinskultur von MigrantInnengruppen leisten, beispielsweise in Wuppertal, Düsseldorf und Hattingen.

Als „vorbildlich“ oder „innovativ“ erachten wir insbesondere ein Projekt der Volkshochschule Moers, in dem Flüchtlinge unterschiedlicher Herkunft eine Zeitung erstellen, die spezielle Themen und Probleme der dort lebenden Flüchtlinge aufgreift und so eine Brücke schlägt zwischen den Nationen und ihre spezifischen Sichtweisen darüber hinaus den BürgerInnen der Stadt näher bringt.

Bemerkenswert kann eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Kennenlernen“ – Ost-West-Integration (OWI) der Volkshochschulverband Lippe-West genannt werden; sie wird vom Bundesinnenministerium gefördert, ist seit 1992 erfolgreich an mehr als 43 deutschen Volkshochschulen gelaufen und findet weiterhin Resonanz. Die Initiatoren haben sich zum Ziel gesetzt, „Verständnis und Toleranz zwischen Einheimischen und NeubürgerInnen zu wecken“, was sie durch vielerlei Vermittlungsformen, durch Ausstellungen, ein „Info-Mobil“ und stets auch Multiplikatoren-Schulungen erreichen möchten. Inhaltlich stehen Informationen über Minderheiten und Eingliederung, Exkursionen und Begegnungen auf dem Programm, als Zielgruppen werden vor allem neu Zugezogene, AussiedlerInnen und besonders Jugendliche genannt. Bereits länger in der Bundesrepublik lebende Aussiedler bezieht man als Mittler in die Arbeit ein.

48) Auskunft von Frau Pieper-Sentürk, siehe Anmerkung 43.

49) Dornseifer-Seitz, Adelheid: OWI: Das Projekt Ost-West-Integration von AussiedlerInnen als Modell für Integrationsprojekte für MigrantInnen, in: DVV-Magazin Volkshochschule, Heft 3/2001, S. 15f.

Migrationsorientierte politische Bildung an Volkshochschulen findet in vielen Programmsegmenten statt, u.a. im stark frequentierten Sprachenbereich („Deutsch für Ausländer“), aber auch in der kulturellen Bildung oder dem Zweiten Bildungsweg. Gemessen an traditionellen Vorstellungen politischer Bildung mögen hier zu viele und zu einschneidende Grenzüberschreitungen stattfinden. Micha Brumlik drückt es 1997 so aus:

„Erwachsenenbildungsinstitutionen und zumal die Volkshochschulen sind inzwischen zum Ort interkultureller Begegnungen geworden, dessen Inhalte aber nur wenig durch Themen der politischen Bildung bestimmt sind“⁵⁰⁾. Gerade die Volkshochschulen in den Großstädten Nordrhein-Westfalens haben sich zu lokalen „melting pots“ entwickelt mit einer hohen Nachfrage durch Zugewanderte (im Zweiten Bildungsweg allein 40%) und vielen Integrationsangeboten. Über das laufende Programm hinaus hat der Deutsche Volkshochschulverband zum 9. November 2000 zu einem „Aktionstag gegen Rassismus“ aufgerufen, und für den 28. November 2001 ist ein solcher als „Dialog der Kulturen“ bundesweit geplant. Aktionstage dienen „der interkulturellen und interreligiösen Verständigung“ und können als Vorträge, Podiumsdiskussionen und Gesprächsforen ablaufen⁵¹⁾. Der Landesverband der Volkshochschulen NRW hat seit dem Jahr 2000 eine Vielzahl von Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Besonders erfolgreich waren die von Klaus-Peter Hufer entwickelten „Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen“⁵²⁾.

Die Angebote der Volkshochschulen zeigen, dass die Themen wie auch die Formen der Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft in Bewegung sind.

50) Brumlik 1997, S. 82; die im allgemeinen Datenbestand stark vertretenen Angebote von ‚Arbeit und Leben‘ – DGB/VHS Oberhausen beispielsweise tragen mit ihren an ‚weichen‘ Themen orientierten Angeboten zu dieser Profilierung bei.

51) Rundschreiben des DVV (Ulrich Aengenvoort) vom 5.10.2001; siehe auch das Programm des XI. Deutschen Volkshochschultags vom 7. bis 9. 11.2001 in Hamburg, darin u.a.: „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ und „Der unbequeme Fremde. Fremdenfeindlichkeit in Deutschland“.

52) Hufer, Klaus-Peter: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Schwalbach/Ts. 2000.



Zusammenfassung und Perspektiven

Wenn das Thema ‚Einwanderung‘ in der letzten Zeit von der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung sowie den Zusammenschlüssen und Institutionen der Jugend- und Erwachsenenbildung stärker beachtet wird, sind dafür mehrere Gründe ausschlaggebend: Sicher hat, wie eingangs erwähnt, an erster Stelle die rechtsextreme Fremdenfeindlichkeit Reflexion und Aktivitäten angestoßen. Aber auch eine Bringschuld der politisch Verantwortlichen, die lange die Tatsache der Einwanderung nicht wahrhaben wollten, trägt dazu bei. Darüber hinaus ist ein von Migrantenzusammenschlüssen ausgehender politisch-partizipatorischer Druck – vergleichbar den Neuen Sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre⁵³⁾ – nach und nach in den Bildungsinstitutionen angekommen; teils, weil die Beziehungen ohnehin eng waren, teils, weil die (lernfähigen) politischen BildnerInnen neue Themen aufgegriffen haben. Nicht zuletzt stößt auch die selbstbewusstere zweite und dritte Generation der Eingewanderten professionell Initiativen an.

Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft scheint sich zwischen bewährten und innovativen Themen und Formen zu bewegen. Umschrieben werden kann ein Experimentierfeld, für das in der Tradition der politischen Bildung wenig Modelle bereit standen. Vor allem zwischen politischer Bildung und interkulturellem Lernen herrscht, das hat eine Vielzahl von Veranstaltungsankündigungen gezeigt, ein interessantes Wechselverhältnis, von Fall zu Fall auch ein noch näher zu beschreibendes Spannungsverhältnis. Bezogen auf MigrantInnen und auf Migration scheint die Trennung interkultureller und politischer Bereiche obsolet. Ein Mitglied der Gruppe „Kanak Attak“ formuliert es so: „Die Trennung von Kultur und Politik ist immer künstlich und tückisch. Bedient man sich dieser Trennung, holt sie einen ein“⁵⁴⁾. Ohne erkennbare Diskussionen verliert beim Thema ‚Migration‘ selbst die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung die lange aufrecht erhaltene und verfochtene Trennschärfe zwischen Kultur und politischer Bildung: Als Beispiel können das 1997 geförderte – aber nicht im Bestand befindliche – Projekt „Dialog zwischen den Kulturen – Gemeinsam leben in Deutschland“⁵⁵⁾ oder das 1999 durchgeführte 10tägige Theaterfestival gelten⁵⁶⁾.

53) Friedens-, Frauen-, Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegung trugen neue Fragestellungen, Zugangsweisen und Lernorte in die politische Bildung hinein, dazu Hufer 1999, insb. S. 99f.

54) Laura Mestre Vives: Kultur als Zugang zur und Vermittler von politischer Bildung...?, in: Dokumentation WERKSTATT WEITERBILDUNG 2000 [erscheint 2002]. Siehe auch: OLBRICH 2001, S. 393.

55) Ein in den Bundesländern Berlin und Brandenburg an verschiedenen Orten durchgeführtes Projekt, an dem sich drei Tage lang Vertreter unterschiedlicher Kulturen und Religionen in mehr als 70 Veranstaltungen an Diskussionen, Workshops, Tanz- und Theaterdarbietungen, Musikbeiträgen, Lesungen u.a. beteiligten.

56) Zur Profiländerung der Bundeszentrale für politische Bildung: Hentges, Gudrun 2002, S. 251-281.

Auch Arbeit und Leben/VHS Oberhausen tragen mit ihrer an ‚weichen‘ Themen orientierten Arbeit wie „Blick über den Tellerrand“ zu einer Erweiterung des Politischen bei. Die an Desbina Kallinikidou gerichtete Frage nach dem Verständnis ihrer Arbeit beantwortet sie folgendermaßen: Interkulturelle Themen wie Kochen, Lebensweisen usw. zögen praktisch immer politische Diskussionen nach sich, eine Trennung zwischen interkulturellem und politischem Lernen sei in ihrer Arbeit weder durchzuhalten noch erwünscht. Über das Dauerthema „Differenz“ beispielsweise kämen Gespräche über die gesellschaftliche Verfasstheit zustande, und das Thema ‚Integration‘ sei in allen Kursen ständig präsent. Wichtig für kulturelle und politische Offenheit in gemischten Gruppen sei allerdings ein interkulturell zusammengesetztes Team⁵⁷⁾.

Wenn ausführliche Ankündigungen von Veranstaltungen vorlagen, konnte doch so etwas wie ein „Kern“ des eher Kulturellen oder Politischen identifiziert werden, aber die Verknüpfungen und Schnittmengen erschwerten die Entscheidung für oder gegen das Etikett ‚politische Bildung‘ in jedem Einzelfall. Wir haben den Ausweg „partiell politische Bildung“ gewählt, haben die Nähe zu anderen Bereichen erwähnt oder uns mit der Bezeichnung „Zweifelsfall“ beholfen. Solche Zweifel führen zurück auf das eingangszitierte Eingeständnis, dass es keine allgemein anerkannte Definition politischer Bildung gibt – umso weniger beim Thema „Einwanderung“.

Die Handlungsorientierung hat in Projekten und Initiativen, auch bei Mahnwachen, im Bürgerfunk, bei Kulturtagen u.a. – insbesondere aber in allen Formen der Selbstorganisation eine neue, relevante Dimension bekommen⁵⁸⁾.

Die Bedeutung der Vermittlung von Handlungskompetenz (nicht nur für) Arbeitnehmerbildung betonte jüngst noch einmal Leo Monz als Aufgabe der berufsorientierten politischen Bildung.⁵⁹⁾

Vergleichbar könnte auch die „Zielgruppe“ erneute Beachtung und Auffüllung erfahren, weil das Thema ‚Migration‘ weiteres Nachdenken über Adressaten und didaktische Ansätze erfordert. Zielgruppenarbeit basiert auf Vorgeschichten und Vorerfahrungen – und macht Unterschiede deutlich, wie sie unter der Kategorie ‚Migration/Minderheiten‘⁶⁰⁾ nicht zu erfassen sind. Die (in sich hoch differenzierte) Flüchtlings- und Asylthematik wird unter ‚Migration‘ subsumiert und spricht doch andere Gruppen an als diejenigen Neubürger aus der Türkei, aus Griechenland, Italien usw., die seit den 50er Jahren in Westdeutschland einen Arbeitsplatz und eine „fremde

57) Telefonat mit Desbina Kallinikidou am 12.4.2001. Dazu auch Fischer/Kallinikidou/Stimm-Argmingeon 2001.

58) Siehe den Flyer „Migranten fördern Migranten“. Regionales Netzwerk zur Förderung der Migrantenselbstorganisation des Multikulturellen Forums Lünen e.V. www.multikulti-forum.de

59) Monz, Leo: Den Paradigmenwechsel durchsetzen. Arbeitnehmerbildung und Zuwanderung: Aufgaben der berufsorientierten politischen Bildung, in: Praxis politische Bildung, Heft 2, 2002, S. 92-99

60) Statistik der Landeszentrale für politische Bildung NRW, Anmerkung 12.



Heimat“ gefunden haben. Ein spezifisches Kollektiv von Zuwanderern sind darüber hinaus die Spätaussiedler aus Osteuropa mit dem Status von Deutschen; man kann sie als „privilegierte“ Migranten bezeichnen⁶¹⁾.

Wie kann Bildungsarbeit die unterschiedlichen Lebens- und Lernerfahrungen der MigrantInnen berücksichtigen? Und wie haben sich Ansätze für die zweite und dritte Einwanderergeneration verändert? Beachtenswert wäre, inwieweit Zielgruppenarbeit als „Sonderpädagogik“ sich partiell auflösen lässt zugunsten einer MigrantInnen wie Mehrheitsbevölkerung einschließenden Adressatenorientierung. Mit anderen Worten: Wo ist es sinnvoll und geradezu emanzipatorisch (gewesen), Zielgruppenarbeit für Zugewanderte anzubieten, wo setzt Überpädagogisierung ein und – im schlimmsten Fall – Stigmatisierung?⁶²⁾.

Die seit dem Sommer 2001 – nach Erscheinen des Berichts der Süßmuth-Kommission – diskutierte gesetzliche Regelung für Ein- und Zuwanderung in die Bundesrepublik sieht Sprach- und Sozialkundeunterricht als Voraussetzung für Integration verpflichtend vor⁶³⁾. Formen und Inhalte dieser Unterweisung könnten sich, sobald das Gesetz in Kraft tritt, an den hier dargestellten Beispielen orientieren, besonders an den innovativen, vorbildlichen oder bemerkenswerten.

Institutionen- und Medienvertreter haben einen Perspektivenwechsel bereits teilweise vollzogen, der die ‚Lernleistung‘ beim Thema Einwanderung nicht nur von Zugewanderten, sondern auch von der einheimischen Bevölkerung erwartet: „Den Alt- und nicht den Neudeutschen fehlt es häufig an interkultureller Kompetenz, an Fähigkeiten zum Perspektivwechsel und dem Erkennen der Relativität der eigenen Position“⁶⁴⁾. Aber die „Inländerfrage“ (Stefan Dietrich) kann durch ihre Umkehrung noch provozieren.

Die Zunft der politischen Bildner/innen hat über die hier erwähnten Aspekte und offenen Fragen bislang kaum diskutiert. Und dass es ein – wenn auch erst von einer Minderheit der Träger eingesetztes – ausgefächertes Methodenrepertoire zum Thema „Migration“ gibt, scheint im (pädagogischen) Bewusstsein noch nicht verankert⁶⁵⁾.

61) Einleitung in Motte, Jan, Ohliger, Rainer und Oswald, Anne von (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Frankfurt/New York 1999, S. 15-28; zur Schwierigkeit, Zuwanderer begrifflich zu fassen: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen 2000, S. 8f.

62) Das Bildungswerk der Humanistischen Union hat Jahre lang Bildungsurlaube für türkische Arbeitnehmer angeboten, die in der Muttersprache durchgeführt wurden. Im Jahr 1998 stellte sich heraus, dass die Nachfrage der älteren Arbeitnehmer zurückging und die (besser ausgebildeten) Migrantenkinder auf solche Angebote nicht mehr angewiesen waren.

63) Siehe das Gutachten unter www.bmi.bund.de/top/dokumente/Artikel

64) Seidel, Eberhard: Integrationskurs für Deutsche!, in: TAZ vom 29.5.2001, siehe auch Reinhard Voss: Experten empfehlen Deutschen mehr „antirassistische“ Bildung. NRW-Zentrum für Zuwanderung beklagt mangelnde Aufmerksamkeit für Opfer fremdenfeindlicher Gewalt, in: FR vom 1.8.2001.

65) Dazu der Beitrag von José Sánchez Otero, der der Politikdidaktik (nicht der Erwachsenenbildung) bescheinigt, sie habe sich des Themas Zuwanderung bisher nicht angenommen, in Dokumentation WERKSTATT WEITERBILDUNG 2000 [erscheint 2002].

Der politischen Bildung stelle sich die Aufgabe – so jüngst der Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, „in einem längerfristigen Diskurs Integrationsprojekte vor Ort aktiv zu unterstützen, Lernerfahrungen aufzubereiten und Interessierten wie Betroffenen zur Verfügung zu stellen“⁶⁶). Schon jetzt leistet sie aber einen Beitrag zur Integration und zum Abbau von Ressentiments. Ein kollegialer Diskurs und die Aufbereitung der Lernerfahrungen stehen dagegen noch aus. Vielleicht sieht sich die Disziplin – um eine Überlegung aus der allgemeinen Erwachsenenbildung aufzugreifen – „durch die Folgen der Migration und des europäischen Einigungsprozesses nun, zur kritischen Selbstprüfung‘ veranlasst“⁶⁷).

Um das Mosaik, das unser Gutachten darstellt, zu vervollständigen, wären einige „Tiefenbohrungen“ bei Einrichtungen aus unterschiedlichen Regionen wünschenswert. Mit welchen Ansprüchen wurde die Bildungsarbeit begonnen? Inwieweit ließen sich selbstgesteckte (und politisch gewollte) Ziele erreichen? Wo sind Experimente gescheitert und warum? Aber auch die Seite der TeilnehmerInnen wäre auszuleuchten: Wer nahm und nimmt wann und warum an Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung teil? Welche Bildungsbedürfnisse sind, welches Nachfrageverhalten ist erkennbar?

66) Thomas Krüger: Migration und das Engagement der politischen Bildung. TAZ-Beilage „Einwanderungsland Deutschland“ der Heinrich-Böll-Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung o.J. (Juli/August 2001); siehe auch die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten D. Odendahl u.a. und der Fraktion der SPD: Politische Bildung in Deutschland vom 27.5.1998 (BT-Drucksache 13/10810), S. 11f.

67) Frieling/Raape/Sommer 1997, S. 17; zur erwachsenenpädagogischen Diskussion auch Kiesel/ Messerschmidt 1997.



Abschließende Thesen

1. Zu den Themen

Mit dem Thema „Migration“ entwickelten sich viele neue Themenkomplexe, die zum Teil allein von der politischen Bildung abgedeckt werden, zu einem großen Teil aber auch gleichzeitig in sozialpädagogischen, psychologischen oder religiösen Bereichen angesiedelt sind. Nicht zuletzt spielen die personenbezogene wie die berufliche Bildung eine unübersehbare Rolle. Die Grenzen verlaufen fließend und sind nur unter Verzicht auf Komplexität klar zu ziehen.

Das Themenrepertoire wird erweitert durch vielerlei Kulturveranstaltungen mit politischem Charakter wie „Rap für Courage at work“ oder den „Karneval der Kulturen“. All diese (multi-)kulturellen Angebote sprengen das, was die Disziplin politische Bildung lange anzuerkennen bereit war oder ist. Diese empirisch greifbare Öffnung gegenüber kulturellen Bereichen ist unumkehrbar, weil MigrantInnen hier identitätsstiftende Kontexte finden und vielfältigen Ersatz für politisches Handeln.

2. Zu methodischen und didaktischen Prinzipien

Politische Bildung, die ihren Schwerpunkt vornehmlich auf die Wissensvermittlung durch Teamer und Referenten legt, kommt in reiner Form in Seminaren zum Thema Migration nicht mehr vor.

Dies hängt, so steht zu vermuten, mit Aushandlungsprozessen bis zur Realisierung eines Angebots zusammen: mit der Zielgruppenarbeit und den Marketingstrategien der Träger ebenso wie mit konkreten Bildungsbedürfnissen und Vorerfahrungen der Teilnehmenden unterschiedlichen Alters.

Für viele Bildungsprojekte gilt, dass sie sich auf das Prinzip Handlungsorientierung stützen. Handlungsorientierung enthält vom Individuum aus betrachtet eine Partizipationserwartung, von der Institution aus eine Art gesellschaftliches Partizipationsversprechen. Ein Zusammenhang, der politische Bildung im Themenfeld Migration nahe an die Realität gesellschaftlicher und politischer Ungleichheit heranführt – und an etwas, was man Parteilichkeit der Anbieter nennen könnte.

Als didaktisch bemerkenswert kann darüber hinaus der Berufsgruppenansatz gelten, wie er – hier unter anderem mit Polizisten und VerwaltungsmitarbeiterInnen – von verschiedenen Einrichtungen vertreten wird und interkulturelle wie politische Ziele verfolgt. Die Bedeutung dieses Ansatzes wird mit der Entwicklung kommunaler Integrationskonzepte noch steigen.

3. Zu Adressaten und TeilnehmerInnen

Einrichtungen der politischen Bildung oder soziokulturelle Zentren kooperieren mit vereinsähnlich organisierten MigrantInnen, die so ein Forum für Artikulation sowie organisatorische Unterstützung erhalten. Hier erst wird häufig eine Aktivität der Selbstorganisation oder Selbstbehauptung zu einer Bildungsveranstaltung – ein Phänomen, das sich ähnlich bei den Neuen Sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre in der Bundesrepublik wahrnehmen ließ. Bildung und politisches Handeln gehen darin eine Verbindung ein.

Politische Bildung für Migranten ist in vielen Fällen eine mit Migrantinnen. Nicht erkennbar ist, ob sich der Neuen Frauenbewegung verbundene Kursleiterinnen besonders auf den weiblichen Teil der Eingewanderten konzentriert haben oder sich in den kommunalen Volkshochschulen und anderswo ein Bildungsbedürfnis „von unten“ durchsetzen konnte.

4. Zur Professionalisierung

Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft benötigt „Mittler“, die zwischen Einrichtungen von Migranten und etablierten Weiterbildungsinstitutionen stehen⁶⁸⁾. Anders gesagt: MigrantInnen und Vertreter ethnischer Minderheiten sollten viel stärker als bisher an der Bildungsarbeit beteiligt werden bzw. sich beteiligen.

Alte und neue Mitarbeiter/innen in der politischen Bildung werden zukünftig, wenn sie auf gesellschaftliche Entwicklungen in der Einwanderungsgesellschaft reagieren möchten, ohne interkulturelle Kompetenzen nicht mehr auskommen. Dass bisher nur eine Minderheit der politischen BildnerInnen im Themenbereich „Migration“ Angebote macht, begründet die Notwendigkeit von Fortbildungen und Präsentationsmöglichkeiten durch das Landeszentrum für Zuwanderung NRW, das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung oder die Landeszentrale für politische Bildung NRW.

68) Dazu: Interkulturelle Öffnung einer Volkshochschule, Interview mit Iskender Yildirim von der VHS Duisburg, in: Informationen Weiterbildung (i:w), Heft 2/2001, S. 24-26; Integration als Prozess der gegenseitigen Verständigung, Auszüge aus dem Konzept des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für eine zukunftsgerichtete Zuwanderungs- und Integrationspolitik, in: Frankfurter Rundschau vom 10.4.2001.



Literatur

BEER, Wolfgang, CREMER, Will und MASSING, Peter (Hg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts. 1999 (= Reihe Politik und Bildung, Bd. 19).

BEHRENS-COBET, Heidi und RICHTER, Dagmar: Didaktische Prinzipien, in W. Beer, W. Cremer und P. Massing (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts. 1999, S. 167-203.

BRUMLIK, Micha: Anforderungen an ein Erwachsenenbildungskonzept für die Einwanderungsgesellschaft, in: D. Kiesel/A. Messerschmidt (Hg.): Pädagogische Grenzüberschreitungen. Erwachsenenbildung in der Einwanderungsgesellschaft. Frankfurt a.M. 1997, S. 81-88.

DÄUBLE, Helmut: Auf dem Weg zum Bundesrepublikaner. Einwanderung – kollektive Identität – politische Bildung. Schwalbach/Ts. 2000.

DEUTSCHE UND AUSLÄNDER GEMEINSAM: Aktiv im Alter. Ein interkulturelles Bildungs- und Begegnungsprojekt. Hg. vom Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben. Düsseldorf 1997.

FECHLER, Bernd, KÖSSLER, Gottfried und LIEBERTZ-GROSS, Till (Hg.): „Erziehung nach Auschwitz“ in der multikulturellen Gesellschaft. Pädagogische und soziologische Annäherungen. Weinheim und München 2000.

FISCHER, Veronika, KALLINIKIDOU, Desbina und STIMM-ARMINGEON, Birgit (Hg.): Gruppenarbeit interkulturell. Schwalbach/Ts. 2001.

FRIELING, Gundula/RAAPE, Klaus und SOMMER, Ulrike (Hg.): Erwachsenenbildung und ethnische Minderheiten. Situation und Perspektiven im internationalen Überblick. Münster 1997.

HAFENEGGER, Benno: „Leben mit Anderen lernen“. Eine Aufgabe für Politik und politische Bildung, in: DIE-Forum Weiterbildung: Zukunftsfelder der Weiterbildung. Hrsg. vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung. Frankfurt a.M. 2001, S. 14-19.

HENTGES, Gudrun: Die Bundeszentrale für politische Bildung im Umbruch, in: Christoph Butterwegge/dies. (Hg.): Politische Bildung und Globalisierung. Opladen 2002.

Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft

HUFER, Klaus Peter: Historische Entwicklungslinien: Politische Erwachsenenbildung in Deutschland von 1945 bis zum Ende der 90er Jahre, in: W. Beer/W. Cremer/P. Massing (Hg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts. 1999, S. 86-110

KIESEL, Doron und MESSERSCHMIDT, Astrid (Hg.): Pädagogische Grenzüberschreitungen. Erwachsenenbildung in der Einwanderungsgesellschaft. Frankfurt a.M. 1997 (= Arnoldshainer Texte, Bd. 95).

KÖRBER, Klaus u.a.: Das Weiterbildungsangebot im Lande Bremen. Strukturen und Entwicklungen in einer städtischen Region. Bremen 1995 (= Bremer Texte zur Erwachsenen-Bildungsforschung 3).

KÖRBER, Klaus: Inhaltliche Schwerpunkte, in: W. Beer/W. Cremer/P. Massing (Hg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts. 1999, S. 221-255.

MASSING, Peter: Politische Bildung, in: Lexikon der politischen Bildung, hg. von D. Richter und G. Weißeno, Bd. 1, Schwalbach 1999, S. 185.

MEYER, Thomas: Interkultureller Dialog, in: Akademie der Politischen Bildung (Hg.): Politische Bildung in Deutschland – Stand und Perspektiven. Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung am 3. Juni 1998 in Bonn. Bonn 1998, S. 60-68.

MIGRATIONSREPORT 2000. Fakten – Analysen – Perspektiven. Für den Rat für Migration herausgegeben von Klaus J. Bade und Rainer Münz. Frankfurt a.M. 2000

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES, QUALIFIKATION UND TECHNOLOGIE DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (Hg.): Zuwanderung und Integration in NRW. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Zuwanderung“ der Landesregierung. Düsseldorf 2000.

MONZ, Leo: Den Paradigmenwechsel durchsetzen. Arbeitnehmerbildung und Zuwanderung: Aufgaben der berufsorientierten politischen Bildung, in: Praxis politische Bildung, Heft 2, 2002, S. 92-99

OELS; Monika: Interkulturalität, in: Handbuch zur Frauenbildung. Opladen 2001, S. 549-558.

OLBRICH, Josef: Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland. Hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2001.

SAUER, Martina und GOLDBERG, Andreas: Die Lebenssituation und Partizipation türkischer Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der zweiten Mehrthemenbefragung. Münster 2001 (= Materialien und Berichte des Zentrums für Türkeistudien, Bd. 6).

SEKRETARIAT DER STÄNDIGEN KONFERENZ DER KULTUSMINISTER DER LÄNDER in der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Überlegungen zur politischen Weiterbildung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 18.9.1998.

Publikationen des Landesentrums für Zuwanderung NRW

Mehr als Sprachförderung – Eine Studie zur Integration von Neu-Zuwanderern in den Niederlanden. Erstellt im Auftrag des Landesentrums für Zuwanderung NRW von Dipl.-Pol. Sigrun Scheve, Landelijk Bureau ter bestrijding van Rassendiscriminatie (LBR/NL), unter Mitarbeit von Eddie Nieuwenhuizen und Frits van Eck, März 2001

Wissenschaftliche Arbeiten zu Migration und Integration. Bestandsaufnahme der jüngsten Arbeiten in Nordrhein-Westfalen. 1998

Kompetenzen für die Zuwanderungsgesellschaft. Weiterbildungsangebote zur interkulturellen Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. April 1999 (Vergriffen. Auf der LzZ-Website unter Weiterbildung zu finden)

Das LzZ - Landeszentrum für Zuwanderung NRW - Selbstdarstellungsbroschüre (Herausgegeben in Deutsch und Englisch, deutsche Ausgabe derzeit vergriffen), November 2000

50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte (Campus-Verlag, 1999) Bezugspreis: 32 Euro zuzüglich Versandkosten (2,50 Euro)

Adressverzeichnisse

Migration in NRW. Adressen aus Wissenschaft und Politik.
Band 1, Januar 1999 (Vergriffen)

Migration in NRW. Adressen – Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten,
1. Auflage, August 2001

Wider Rassismus und Diskriminierung –
Institutionen und Initiativen der Antidiskriminierungsarbeit in NRW
Oktober 1999 (Vergriffen)

Netzwerk Interkulturelle Erziehung im Elementarbereich – Was läuft wo mit wem?
Dezember 2000 (Vergriffen)



Bibliographien

Forschungsbibliographie „Migration und ethnische Minderheiten“, gemeinsam herausgegeben mit dem InformationsZentrum Sozialwissenschaften, 1999.

Bisher erschienen: Bände 1999/1, 1999/2, 2000/1 (Vergriffen), 2000/2, 2001/1, 2001/2 (Vergriffen).

Bezugspreis: 32 Euro im Jahresabonnement zuzüglich Versandkosten (2,50 Euro)

Einwanderung im Spiegel der Sozialwissenschaftlichen Forschung, 1996-2000. Buch plus CD-ROM, gemeinsam herausgegeben mit dem InformationsZentrum Sozialwissenschaften, Leske + Budrich 2000. Bezugspreis 25 Euro zuzüglich Versandkosten (2,50 Euro)

Tagungsberichte

Dokumentation der Fachtagung „Rassismus und Antirassismus im europäischen Vergleich – Bestandsaufnahme und Bewältigungsstrategien“ am 28.05.1998, mit Beiträgen von Detlev Claussen, Didier Lapeyronnie, Carmelita Serkei, Sukhdev Sharma u.a. (Vergriffen, aber pdf-Version im Internet)

Dokumentation der Fachtagung „Antidiskriminierungsarbeit in der Kommune. Zur Überwindung von Diskriminierung und Ausgrenzung“ am 28.-30. Mai 1999 in Bonn (auch als pdf-Datei im Internet unter www.lzz-nrw.de)

Dokumentation des Praxisforums „Interkulturelle Öffnung der Jugendhilfe“ am 15. Juni 2000, Februar 2001

WERKSTATT WEITERBILDUNG: Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste. Dokumentation der Werkstatt Weiterbildung 1999 am 23./24. September 1999 (Vergriffen)

WERKSTATT WEITERBILDUNG: Sprachförderung und mehr... Herausforderungen zur Integration von (Neu-)Zuwanderern. Dokumentation der Werkstatt Weiterbildung 2001 am 24./25. September 2001 (in Vorbereitung)

Dokumentation des Praxisforums „Elementarerziehung in der Einwanderungsgesellschaft: Interkulturelle Kompetenz als Qualitätsmerkmal in der Ausbildung und Praxis der Erzieherinnen und Erzieher“ am 24. Oktober 2000, März 2001

Dokumentation des Wissenschaftsforums „Migration, Mehrsprachigkeit und wissenschaftliche Ausbildung“ am 26.11.1999 in Solingen (Vergriffen)

Dokumentation des Forums „Migrations- und Integrationsforschung 2000: Praxisforschung im sozialräumlichen Kontext“ am 8. November 2000, September 2001 (Vergriffen, aber als pdf-Version im Internet)

Interkulturelle und antirassistische Trainings – aber wie? Konzepte, Qualitätskriterien und Evaluationsmöglichkeiten. Dokumentation der Tagung des Landesentrums für Zuwanderung NRW in Kooperation mit IDA e.V., dem Werkstatt Bildungswerk Essen und der Bergischen Universität (GH) Wuppertal, 18./19. Januar 2001, September 2001

Evaluations- und Projektberichte

Die Beratungspraxis in sozialen Einrichtungen bei Diskriminierungstatbeständen – Ergebnisse einer Befragung von Einrichtungen und Verbänden der Sozialberatung. Juni 2000 (nur als pdf-Datei im Internet unter www.lzz-nrw.de)

Netzwerk Interkulturelle Erziehung im Elementarbereich: Erster Zwischenbericht, Oktober 2000, März 2001

Antidiskriminierungsarbeit in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Evaluation der mit Landesmitteln geförderten Antidiskriminierungsprojekte. Juni 2001 (auch als pdf-Datei im Internet unter www.lzz-nrw.de)

Ratgeber

Rechtsratgeber für ausländische Frauen.
(Herausgegeben in Deutsch, Türkisch, Englisch, Französisch – vergriffen)
April 2001

Weitere Hinweise auf wissenschaftliche Expertisen, Publikationen des LzZ sowie Veröffentlichungen von Mitarbeitern des LzZ finden Sie auf unserer Website: www.lzz-nrw.de.



Landeszentrum für Zuwanderung NRW
Keldersstraße 6
42697 Solingen
Telefon 02 12/232 39-0
Telefax 02 12/232 39-18
e-mail: lzz-nrw@lzz-nrw.de
www.lzz-nrw.de



Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen

Keldersstraße 6

42697 Solingen

Telefon 02 12/232 39-0

Telefax 02 12/232 39-18

www.lzz-nrw.de